Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Tobias Baier / Ann-Cathrine Böwing / Maximilian Hösl / Sarah Lüning / Jan-Hendrik Weinhold

# Schwarz/Rot: Die SPD als Königsmacher und heimlicher Wahlgewinner

## Koalitionsbildung in Thüringen 2009 – Eine Fallstudie

**27. Mai 2011**

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

**Redaktion**
Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

**Wissenschaftliche Koordination**
Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

**Sekretariat**
Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

**Herausgeber** (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

**Redaktionsanschrift**
Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 – 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

# Inhaltsverzeichnis:

1 Einleitung ..... 2
2 Das Wahlergebnis – potenzielle Koalitionen ..... 3
2.1 Wahlausgang ..... 3
2.2 Institutionelle Regeln der Regierungsbildung ..... 4
2.3 Mögliche Koalitionen und landespolitische Traditionen ..... 5
3 Eine variablenorientierte Erklärung der Koalitionsbildung ..... 6
3.1 Faktoren der Koalitionsbildung ..... 6
3.2 Erklärungspotenzial der Koalitionstheorie ..... 19
4 Eine prozessorientierte Erklärung der Koalitionsbildung ..... 24
4.1 Vom Wahlabend zur formalen Regierungsbildung ..... 24
4.2 Prozesse und Mechanismen ..... 34
5 Schlussfolgerungen ..... 44
Literaturverzeichnis ..... 47
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis ..... 49
Abkürzungsverzeichnis ..... 49

## Schwarz/Rot: Die SPD als Königsmacher und heimlicher Wahlgewinner

**Koalitionsbildung in Thüringen 2009 – Eine Fallstudie**

Ein Studentpaper von Tobias Baier, Ann-Cathrine Böwing, Maximilian Hösl, Sarah Lüning und Jan-Hendrik Weinhold[1]

# 1 Einleitung

Der Freistaat Thüringen gehört mit seinen 2,251 Millionen Einwohnern nicht gerade zu den Schwergewichten unter den deutschen Ländern. Seit der Wiedervereinigung war das Land stets fest in den Händen der CDU und von der konservativen Politik der Unions-Ministerpräsidenten

[1] Die Autoren sind Studierende im Master-Programm Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung der Universität Duisburg-Essen. Diese Studie ist im Rahmen der Taskforce „NRW-Landtagswahl“ im Sommersemester 2010 entstanden, für welche die Studierenden am Praxisbeispiel Nordrhein-Westfalen die heiße Phase eines Wahlkampfs auf Landesebene sowie die darauf folgenden Koalitionsverhandlungen und die Bildung einer neuen Regierung analysierten.

geprägt. Zuletzt regierte der ehemalige Lehrer für Physik und Mathematik, Dieter Althaus, das Land, das sich gern als „das grüne Herz Deutschlands“ sieht, und erfreute sich größter Beliebtheit. Fast schien es, als könne diesen nichts und niemand vom Thron stürzen. Doch spätestens mit dem Wahltag am 30. August 2009 änderte sich die Lage im Land unübersehbar: Gleichzeitig mit dem Verlust der absoluten Mehrheit für die CDU gewannen SPD und die Partei DIE LINKE an Wählergunst hinzu. Das mit dem erneuten Einzug von FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Thüringischen Landtag nun wieder fünf Parteien vertreten sind, sollte ebenfalls nicht unerwähnt bleiben.

Wie bereits der Titel dieser Arbeit deutlich macht, soll der Fokus insbesondere auf die entstandene Koalition gerichtet sein. Wie und warum es dazu kam, dass Thüringen nun seit dem 29. bzw. 27.10.2010 von einer Regierung aus CDU und SPD, unter der Führung der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht geführt wird, ist Mittelpunkt dieser Fallanalyse. Es wird sich zeigen, dass besondere und teilweise auch überraschende Faktoren hierbei eine tragende Rolle gespielt haben. Aber schon allein die beteiligten Persönlichkeiten machen den „Fall Thüringen“ bemerkenswert. So finden sich hier ein scheinbar unantastbarer Ministerpräsident, den ein Ski-Unfall vermeintlich die Karriere kostete, eine protestantische Ex-CDU-Fraktionsvorsitzende, die es zur Ministerpräsidentin schafft und ein Politiker aus Westdeutschland der äußerst erfolgreich die Nachfolgepartei der PDS im Land führt, dem ein Regierungsamt aber verwehrt bleiben soll.

Um der verbesserten Lesbarkeit willen, wird in der Arbeit auf die explizite Nennung beider Geschlechterformen verzichtet. Des Weiteren findet nicht in jedem Fall die Nennung des vollständigen Namens bestimmter Parteien statt. Die Partei DIE LINKE findet sich so auch unter der Bezeichnung die Linke, Linkspartei o.ä. wieder. Die Partei Bündnis 90/ Die Grünen wird zumeist als die Grünen bezeichnet werden. Darüber hinaus wird die gängige Unterscheidung der Parteien nach Farben vorgenommen. Bevor die eigentliche Analyse der Koalitions- und Regierungsbildung stattfindet, werden nun folgend das Wahlergebnis sowie mögliche Koalitionen erörtert um die Basis für spätere Überlegungen zu bilden.

# 2 Das Wahlergebnis – potenzielle Koalitionen

## 2.1 Wahlausgang

Die CDU erreichte bei der Wahl 2009 mit einem Verlust von 11,8 Prozentpunkten und einem Endergebnis von 31,2 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Thüringen. Doch zeigte sich ein Trend in diese Richtung bereits bei der Landtagswahl fünf Jahre zuvor, bei der die CDU 8,1 Prozentpunkte einbüßen musste. Die SPD konnte ihr Ergebnis zwar gegenüber der Landtagswahl von 2004 verbessern, blieb jedoch auf einem insgesamt niedrigen Niveau. Mit 18,5 Prozent erzielte sie einen Zuwachs von 4,1 Prozentpunkten und erhielt insgesamt 22,6 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Damit kommt die Partei jedoch nicht

an die 29,8 Prozent heran, die sie noch bei der Bundestagswahl 2005 erreichte. Die Linke (bis 16. Juni 2007: PDS) erhielt mit 27,4 Prozent einen minimalen Zuwachs (+1,3 Punkte). Dieses Ergebnis ist ihr bislang bestes Parteiergebnis bei einer thüringischen Landtagswahl. Seit 1990 konnte sie ihre Stellung somit kontinuierlich ausbauen. Den Grünen und der FDP gelang seit ihrem Ausscheiden aus dem Landtag im Jahr 1994 erstmals wieder der Einzug in das Parlament: Die FDP verbesserte ihr Vorwahlergebnis um 4,0 Punkte und erhielt 7,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Grünen kamen auf 6,2 Prozent, was einem Zuwachs von 1,6 Punkten entsprach (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 9).

## 2.2 Institutionelle Regeln der Regierungsbildung

Rein rechtlich sind die Parteien bezüglich der Regierungsbildung im Anschluss an eine Landtagswahl nur wenig gebunden. So existieren weniger institutionelle Regeln als vielmehr institutionalisierte Grundsätze zur Regierungsbildung im Land. Lediglich mit Artikel 50 Absatz 3 der Landesverfassung („Die Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtags. Dies muss spätestens am 30. Tag nach der Wahl erfolgen.") ist ein konkreter Zeitpunkt festgesetzt. Der Ministerpräsident kann von diesem Zeitpunkt an durch den Landtag, wie durch Artikel 70 Absatz 3 festgelegt, gewählt werden:

„Der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Erhält im ersten Wahlgang niemand diese Mehrheit, so findet ein neuer Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält."

„Der Ministerpräsident ernennt und entlässt die Minister. Er bestimmt einen Minister zu seinem Stellvertreter (Artikel 70 Absatz 4)." Artikel 75 Absatz 1 besagt, dass die Landesregierung und jedes ihrer Mitglieder jederzeit ihren Rücktritt erklären können. Laut der folgenden Absätze desselben Artikels endet

„[d]as Amt der Mitglieder der Landesregierung (...) mit dem Zusammentritt eines neuen Landtags, dem Rücktritt der Landesregierung oder nachdem der Landtag einen Vertrauensantrag des Ministerpräsidenten abgelehnt hat. Das Amt eines Ministers endet auch mit dem Rücktritt oder jeder anderen Erledigung des Amtes des Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident und auf sein Ersuchen die Minister sind verpflichtet, die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger fortzuführen (Landesverfassung Thüringen, Artikel 75 Absatz 2 und 3)."

Unmittelbar nach den Wahlen führen die Parteien untereinander Sondierungsgespräche. Diese finden zwischen Parteien statt, die nach dem amtlichen Ergebnis gemeinsam die notwendige Mehrheit zur Bildung der Regierung haben. Zu Sondierungsgesprächen treffen sich Vertreter der beteiligten Parteien, um über ein mögliches Regierungsbündnis zu sprechen. In dieser Phase ist es durchaus die Regel mit verschiedenen Parteien zu Gesprächen zusammenzukommen. Im Normalfall gehen diese von der zukünftig stärksten Fraktion des Landtages aus. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig der Fall sein, da es ja um die Suche nach Partnern für eine

Regierungsmehrheit geht und diese sich auch aus anderen Bündnissen ergeben kann. Sind die Sondierungsgespräche erfolgreich verlaufen und zwei oder mehr Parteien kommen zu dem Entschluss zukünftig gemeinsam regieren zu wollen, treten sie in die Phase der Koalitionsverhandlungen ein. Hierbei steht der Entwurf eines gemeinsamen Koalitionsvertrags im Mittelpunkt. Oftmals aufgeteilt nach einzelnen Ressorts bzw. Politikbereichen verhandeln Vertreter der zukünftigen Regierungsparteien um konkrete Inhalte, Politikziele für die Legislaturperiode und um die Ämterverteilung. Neben Mitgliedern des eigenen Landesverbandes, zukünftigen Regierungsmitgliedern und Landtagsabgeordneten werden häufig auch Parteimitglieder aus dem Bund oder anderen Ländern beteiligt. Sind die Verhandlungen erfolgreich verlaufen, steht am Ende der Verhandlungen ein Koalitionsvertrag, der von den beteiligten Landesparteivorsitzenden unterzeichnet wird. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es sich nicht um einen Vertrag im eigentlichen Sinne handelt. Die darin festgehaltenen Vereinbarungen sind nicht gerichtlich einklagbar, sondern eher Absichtserklärungen für die kommenden fünf Jahre. Eine Nichteinhaltung des Koalitionsvertrags kann im schlimmsten Fall jedoch zum Auseinanderbrechen der Regierung führen. Ist das Dokument unterzeichnet, wird im nächsten Schritt der Ministerpräsident durch den Landtag gewählt und von diesem die Minister ernannt. Die Regierung kann ihre Arbeit offiziell beginnen.

### 2.3 Mögliche Koalitionen und landespolitische Traditionen

Rechnerisch waren in Thüringen nach der Wahl vom 30. August *2009* verschiedene Regierungskoalitionen möglich. Als weiterer äußerst relevanter Faktor muss aber ohne Frage immer auch die politische Machbarkeit dieser Bündnisse berücksichtigt werden. Seit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung war Thüringen stets CDU-regiert. Die Partei war bei jeder Landtagswahl die stärkste Kraft im Land und stellt so seit 1990 bis auf zwei Ausnahmen den Ministerpräsidenten ohne die Unterstützung eines Koalitionspartners. 1990 ging man eine Koalition mit dem traditionellen Koalitionspartner, der FDP, ein. 1994 reichten die Wählerstimmen wieder nicht für eine absolute Mehrheit aus, so dass sich die CDU mit der SPD zusammenschloss. Seit nunmehr also elf Jahren war die CDU „Alleinherrscher“ in Thüringen und umso härter müssen da die Wahlverluste und der damit einhergehende Verlust der absoluten Mehrheit geschmerzt haben.

Auch wenn die CDU mit geringem Vorsprung immer noch die stärkste Fraktion im Landtag besaß, waren die Koalitionsmöglichkeiten begrenzt. Rein rechnerisch reichte die Summe von CDU- und FDP-Sitzen im Landtag nicht für die notwendige Mehrheit und eine Jamaika-Koalition (also CDU, FDP und Grüne) war auf Grund der politischen Positionen nicht realistisch. So bestand für die Christlich Demokratischen Union nur die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD, um an der Regierung beteiligt bleiben zu können. Die Sozialdemokraten hingegen hatten rein rechnerisch ebenfalls bei einem Zusammenschluss mit den Linken die absolute Mehrheit an Abgeordneten im Landtag. Mit einem Dreierbündnis aus SPD, der Linken und den Grünen wäre eine solide Mehrheit zustande gekommen. Eine tiefer gehende Analyse der möglichen

Koalitionen auf Basis unterschiedlicher Faktoren wie beispielsweise der inhaltlichen Dimension folgt im anschließenden Kapitel.

# 3 Eine variablenorientierte Erklärung der Koalitionsbildung

## 3.1 Faktoren der Koalitionsbildung

### 3.1.1 Der bundespolitische Kontext der Koalitionsbildung

Die Regierungsbildung nach der Landtagswahl 2009 in Thüringen lässt, nicht zuletzt wegen der Bundestagswahl vom 27.09.2009, einen Einfluss des bundespolitischen Kontextes vermuten. Zunächst einmal hat der Wahltermin im Bund die Verhandlungen auf Landesebene entschleunigt, da die SPD ihren Terminplan so gestaltet hatte, dass eine Einigung vor der Bundestagswahl nicht mehr möglich war (SZ vom 07.09.2009). Nachdem das Ergebnis im Bund feststand, geriet die SPD und ihr Verhandlungsführer Matschie dann aber umso mehr unter Druck, denn viele „Stimmen aus der SPD-Basis drängten nach den hohen Verlusten bei der Bundestagswahl auf die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen (Zeit vom 01.10.2009).“ So führte die Wahlniederlage der SPD auf Bundesebene zu einer erhöhten Bereitschaft Matschies, über die Frage des Ministerpräsidentenpostens nachzudenken und eventuell auch über Alternativen jenseits der Spitzenkandidaten der Linken und SPD zu verhandeln: Nur zwei Tage nach der Wahl im Bund gab er bekannt, dass ein Rot-Rot-Grünes Bündnis an seiner Person nicht scheitern würde (TA vom 30.09.09).

Einflüsse auf die Regierungsbildung durch die Bundespolitik sind generell immer auch von Seiten der Bundesparteien zu erwarten. Allerdings müssen diese Versuche nicht immer erfolgreich sein. So beharrte die Bundespartei der Linken im Streit um den Posten des Ministerpräsidenten zwischen SPD und Die Linke auf Bodo Ramelow als zukünftigen Ministerpräsident. Ramelow dagegen hatte sich mit seinem Vorstoß, auf den Posten des Ministerpräsidenten zu verzichten, von der Bundesparteiführung der Linken abgesetzt - diese nicht einmal informiert (FW vom 18.09.2009 a; Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010). Gregor Gysi hatte Ramelow zuvor sogar aufgefordert, mit seinen immer neuen Vorschlägen für eine Lösung des Ministerpräsidentenproblems in einer Rot-Rot-Grünen Koalition aufzuhören (Spiegel vom 22.08.2009). Darüber hinaus hatte der Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke, Dietmar Bartsch, öffentlich erklärt, dass seine Partei Matschie nicht zum Ministerpräsidenten wählen würde (Spiegel vom 01.09.2009). So ergab sich, zumindest nach den Äußerungen auf bundespolitischer Ebene, ein potentieller Konflikt mit der SPD.

Es wird deutlich, dass versucht wurde, in der Öffentlichkeit Einfluss geltend zu machen. Auch die Bundesvorsitzende der Grünen Claudia Roth gab in den Medien bekannt, dass ihre Partei keinen Ministerpräsidenten mit Parteibuch der Linken ins Amt wählen würde (TA vom 31.8.2009) und setzte hierdurch indirekt eine Richtlinie für die Thüringer Grünen. Allerdings hatte die

Bundesführung der Grünen ihrem Landesverband generell nahegelegt, auf eine Regierungsbeteiligung in Thüringen zu verzichten (TA vom 10.9.2009). Dass diese dennoch an Sondierungsgesprächen teilgenommen haben, zeigt wiederum die Grenzen der Einflussmöglichkeiten der Bundespartei auf Entscheidungen in den Landesverbänden. Die SPD-Führung gab ihrem Thüringer Landesverband zumindest offiziell keine Vorgaben und erklärte, dass der Landesverband die Verhandlungen in eigener Verantwortung führe (SZ vom 04.09.2009). Die CDU Chefin Angela Merkel forderte nach Althaus Rücktritt die SPD zu ernsthaften Koalitionsgesprächen mit der CDU auf (SZ vom 04.09.2009). Darüber hinaus gab sie Birgit Diezel, zu diesem Zeitpunkt Interims-Ministerpräsidentin, als Gerüchte aufkamen, Althaus wolle in die Politik zurückkehren, die Anweisung, das 'Heft des Handelns' in die Hand zu nehmen. (SZ vom 14.09.2009). Merkel gab somit indirekt ihre Zustimmung für Diezels Handeln und dessen Nominierung Christine Lieberknechts als Ministerpräsidentenkandidatin.

Strategische Überlegungen spielten im Zuge der Nachwahlphase ebenfalls eine Rolle. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine „machten deutlich, dass sie mittelfristig auch im Bund gemeinsam mit der SPD regieren wollen (Hulverscheidt/Kohl vom 27.08.2009).“ Thüringen hätte somit Signalwirkung für ein Rot-Rotes Bündnis auf nationaler Ebene haben können und die Linke hätte zudem ihre Regierungsfähigkeit in einem Flächenstaat beweisen können. Dies war für Ramelow mit Blick auf die Bundestagswahlen 2013 von nicht geringer Bedeutung (FW vom 18.09.2009). Darüber hinaus war es ein Lackmustest für die Frage: „Was macht die SPD dauerhaft mit der Partei die Linke (Interview mit Bodo Ramelow 23.08.2010)?“ Zwar wurde seitens der Bundes-SPD über eine strategische Öffnung in Richtung der Linken diskutiert, Matschie wandte sich jedoch gegen solche Überlegungen (Spiegel Online vom 01.10.2009).

Nicht außer Acht zu lassen sind ebenfalls Aspekte, die die Sicherung einer schwarz-gelben Stimmenmehrheit im Bundesrat ergeben. Im Superwahljahr 2009 stand diese Mehrheit in der Länderkammer für die spätere schwarz-gelbe Bundesregierung auf der Kippe. Noch am 30. August 2009 gingen Viele davon aus, dass die Bundesratsmehrheit für die künftige Bundesregierung verloren gehen würde, da ein Regierungswechsel im Saarland und in Thüringen wahrscheinlich schien (Manager-Magazin.de vom 30.08.2009). So dürfte es für die CDU im Bund ein natürliches Anliegen gewesen sein, auf einen Machterhalt in Thüringen hinzuwirken. Der Bundesrat spielt jedoch noch hinsichtlich einer anderen Dimension eine Rolle. Für die SPD waren Erwägungen, ein Ministerpräsident der Linken könnte in seinem Amt die Länderkammer als Forum für Aussagen von außen- und europapolitischen Positionen seiner Partei nutzen – dann sogar eventuell in der Funktion als Bundesratsvorsitzender – von nicht zu vernachlässigender Bedeutung. Diese Positionen, die die Linke im genannten Policy-Bereich vertritt, sind kontrovers und hätten eine enorme Tragweite, wenn sie von einem Ministerpräsidenten vorgetragen werden würden (Interview mit Dietmar Herz vom 23.08.2010).

Wird der bundespolitische Kontext genauer betrachtet, so sprechen die einzelnen Stimmen der Bundesspitze zur Regierungsbildung tendenziell gegen das Dreierbündnis aus SPD, Linken und Grünen. Die Parteiführung der Linken war gegen die Wahl Matschies zum Ministerpräsidenten und der Grünen-Bundesverband wollte wiederum verhindern, dass ein Politiker der Linken das Land künftig führt. Zwar gab es - wie zuvor aufgezeigt - durch die Bundestagswahlen einen verstärkten Druck auf Matschie, auch mit den Linken zu verhandeln, dies hatte jedoch letztlich keinerlei Auswirkungen auf das Ergebnis der Regierungsbildung.

Längerfristige strategische Überlegungen für Koalitionsmodelle im Bund spielten zwar bei der Linkspartei eine Rolle, kamen letztlich aber, wie das Ergebnis der Regierungsbildung zeigt, nicht zu tragen. Sie erklären jedoch u.a. das Verhalten Ramelows: Er hätte für das Zustandekommen des Dreierbündnisses aus Rot-Rot-Grün sogar auf den Ministerpräsidentenposten, der ihm als Spitzenkandidat der größten Koalitionsfraktion nach parlamentarischem Brauch zugestanden hätte, verzichtet. (FW vom 18.09.2009 a). Zwar wurde auch in der Bundes-SPD über eine Öffnung gegenüber der Linken diskutiert, diese Überlegungen fielen jedoch nicht ins Gewicht. Die Äußerungen der Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden Merkel sowie der drohende Verlust der Bundesratsmehrheit im Superwahljahr 2009, durch eine weitere Schwächung der CDU Position in der Länderkammer, erhöhten vermutlich den Druck auf die Thüringer CDU zur Bildung einer Großen Koalition. Hierin könnte u.a. eine Erklärung für die erhöhte Bereitschaft der CDU zu Zugeständnissen gegenüber der SPD liegen. Andere Faktoren haben hier jedoch höhere Erklärungskraft, wie an andere Stelle noch deutlich werden wird. Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass andere Einflussfaktoren als der bundespolitische Kontext im Fall der Regierungsbildung 2009 in Thüringen eine größere Rolle gespielt haben. Dass bundespolitische Ereignisse und Akteure jedoch zumindest partiell einen Einfluss gehabt haben, ist aufgrund der vorangegangenen Analyse deutlich geworden.

### 3.1.2 Struktur des Parteiensystems

Die politische Landschaft Thüringens war seit 1994 mit dem Ausscheiden von FDP und Bündnis ‘90/Die Grünen aus dem Landtag durch ein Dreiparteiensystem geprägt. Die CDU hat dabei eine dominante Stellung eingenommen und konnte seit dem sogar zweimal mit absoluter Mehrheit regieren. Mit den Landtagswahlen 2009 wurde diese Phase beendet. Die CDU erhielt im Jahr 2009 31,2 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen (11,8 Prozent weniger als bei der letzten Wahl). Es war ein deutlicher Erdrutsch. Die CDU verlor „mit 28.000 Stimmen die meisten Stimmen an die FDP, doch ist der Austausch mit dem linken Lager wesentlich größer: An die SPD verliert die CDU 27.000 Stimmen, an die Linke 16.000 Wähler und 6.000 an die Grünen (Neu 2010: 14).“ „Als Folge dieses Wahlergebnisses hat sich das seit 1994 bestehende Dreiparteiensystem Thüringens zu einem „fluiden" Fünfparteiensystem entwickelt, das durch eine größere Fragmentierung und erweiterte Koalitionsmöglichkeiten gekennzeichnet ist (Gothe 2010: 308).“ Dies zeigt sich auch durch die "effektive Anzahl der Parteien" nach Laakso und Taagepera (Laasko/Taagepera 1979: 3ff.). Berechnet man diese, so ergibt sich für das

Parteiensystem in der Legislaturperiode 2004 bis 2009 ein Wert von 3,65 und für die darauffolgende ein Wert von 4,52. Ein gestiegener Fragmentierungsgrad ist demnach deutlich festzustellen.

In Thüringen sind die vorangegangenen Bewertungen des landeseigenen Parteiensystems und Überlegungen zu erweiterten Koalitionsmöglichkeiten bereits an sich bemerkenswert, da nach zwei Legislaturperioden überhaupt wieder eine Koalition zur Regierungsbildung nötig war. Allgemein ist das obige Urteil für diesen Fall jedoch kritisch zu hinterfragen. Wird die Ausgangssituation für das künftige Parlament betrachtet, so muss hervorhoben werden, dass die zwei kleinsten vertretenen Parteien, also die Grünen und die FDP, per Definition keine wirklich relevanten Parteien sind. Mit ihnen kann keine minimale Gewinnkoalition gebildet werden (Niedermayer 2008: 10). Auch allein durch das vorliegende Wahlergebnis hat sich das Spektrum der Koalitionsoptionen nur minimal erweitert, da sich hierdurch nur zwei minimale Gewinnkoalitionen ergeben. Was diese koalitionstheoretische Einordnung im Detail bedeutet wird im sich anschließenden Unterkapitel 3.2 näher erläutert.

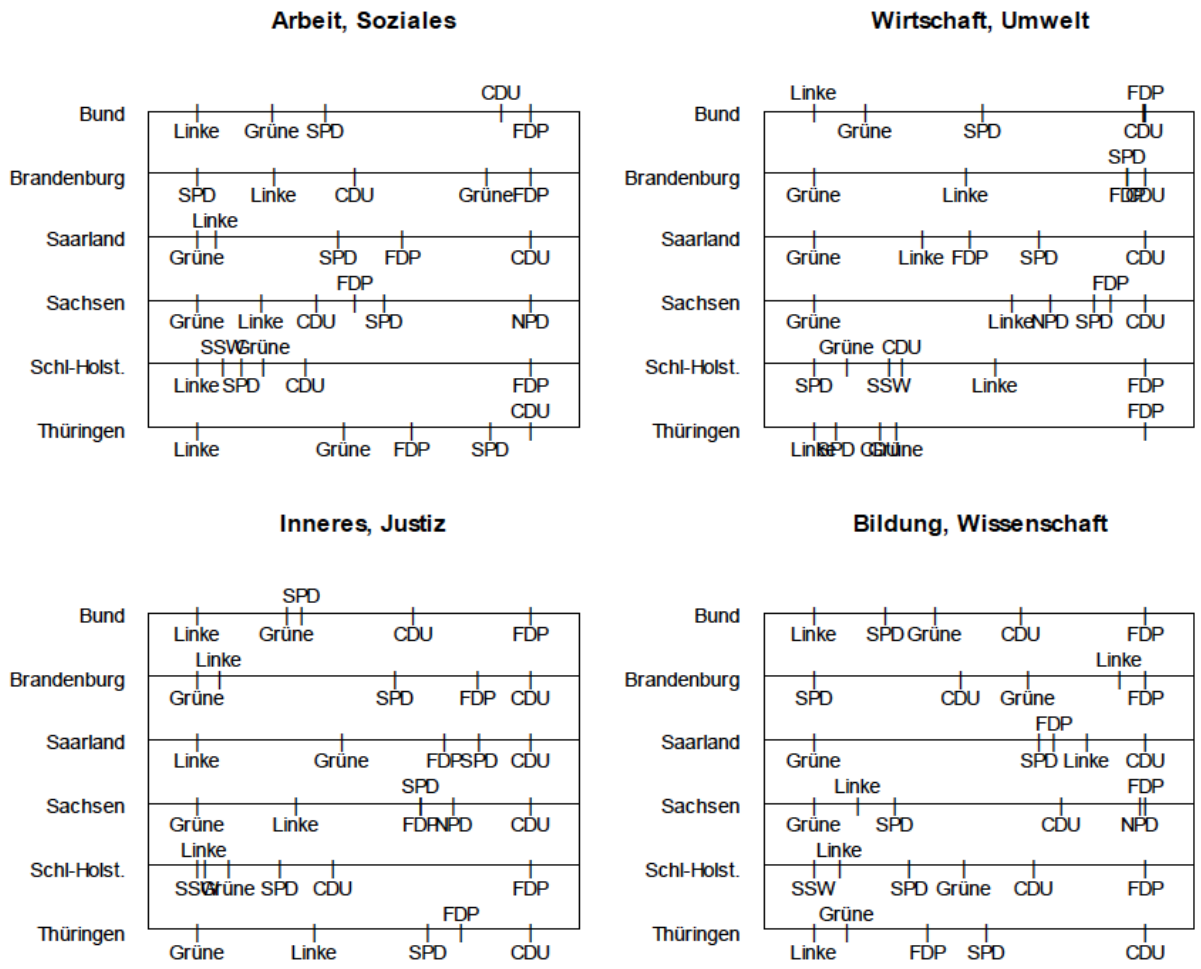
Ausgehend von dieser Überlegung ist das Urteil des Mannheimer Zentrums für Sozialforschung weitaus plausibler: „In Thüringen und in Brandenburg wurde ein typisch ostdeutsches Parteiensystem bestätigt, mit der CDU bzw. der SPD als größter und der Linken als zweitgrößter Partei. Diese Art eines ostdeutschen Dreiparteiensystems bedeutet für die deutlich kleiner viert- und fünftgrößte Partei, also FDP und Grüne, Machtlosigkeit bei der Regierungsbildung (Pappi/Stoffel/Seher 2009: 4).“ Hervorzuheben ist, dass die SPD mit 19 Prozent im Mittelfeld zwischen CDU/Linke einerseits und den beiden für die Regierungsbildung per Definition unwichtigen Parteien andererseits rangiert. Dies weist ihr den Status eines „Königmachers“ zu, denn ein Bündnis zwischen CDU und Linkspartei war ausgeschlossen, wie im folgenden noch herausgearbeitet wird. Was diese Position für die SPD bedeutet, wird im Folgenden noch genauer betrachtet werden. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Faktor. Die bislang bestehende Dominanz der CDU hat sich also abgeschwächt und es entwickelte sich eine fluidere Wettbewerbssituation zwischen der CDU und der Linken. Dies zeigt sich eben auch darin, dass beide Parteien auf die SPD als Mehrheitsbeschaffer angewiesen waren. Ein Blick auf die Polarisierung des Thüringer Parteiensystems gibt Aufschluss darüber, welche Koalitionsoptionen als unwahrscheinlich angesehen werden können.

In Thüringen ist keine rechtsextremistische Partei im Parlament vertreten. Mit der Linkspartei ist zwar eine Partei links der SPD und der Grünen vorhanden. Diese gibt sich jedoch eher als Modernisierer, denn als Verfechter des Sozialismus (SZ vom 21.08.2009) und ist unter der Führung Ramelows als relativ pragmatisch einzuordnen (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.2010). Insgesamt fällt die Polarisation demnach nicht sehr stark aus. Für die CDU ist die Linkspartei jedoch „die mehrfach gehäutete SED und in weiten Teilen undemokratisch“ (Winter 2008), weshalb eine Koalitionen mit ihr für die Konservativen nicht in Frage kommt. Insgesamt ist eine Linkslastigkeit des Systems festzustellen. Mit SPD, Grünen und der Linkspartei ist durch

das nummerische Wahlergebnis ein ziemlich starker Block vorhanden, der zum Teil links von der Mitte steht. CDU und FDP sind dem gegenüber schwächer. (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.2010)

Ein Blick auf die Forschungsergebnisse des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung (Pappi/Stoffel/Seher 2009: 4) gibt einen tieferen Einblick in die Polarisierung des Parteiensystems. Die Distanzen der fünf Parteien wurden dabei jeweils für die vier für die Landpolitik relevanten Politikfelder Arbeit/Soziales, Wirtschaft/Umwelt, Inneres/Justiz und Bildung/Wissenschaft, herausgearbeitet und einem Recht-Links-Schema zugeordnet.

Abbildung 1: Parteipositionen in den 5 Ländern und im Bund (auf den 4 bzw. 5 Politikfeldern)




*Quelle: Pappi, Franz Urban/ Stoffel, Michael Frank/ Seher, Nicole Michaela (2009): Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem, Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 129, S. 8.*

Aus der *Abbildung 1* wird deutlich, dass die CDU in drei der vier Politikfelder das rechte Extrem darstellt und dies für die FDP im Bereich Wirtschaft und Umwelt gilt. Die Linkspartei nimmt in

drei von vier Bereichen das linke Extrem ein und die Grüne Partei in dem Bereich Inneres und Justiz. Die größte ideologische Distanz ist deshalb zwischen der CDU und der Linkspartei zu verorten. Sie bilden demnach die Polparteien im Thüringer Parteiensystem.

Durch das Parteiensystem ergaben sich für die Regierungsbildung letztendlich folgende Implikationen: Die nach den numerischen Ergebnis möglichen Koalitionen reduzieren sich aufgrund der ideologischen Distanz zwischen der Linken und der CDU auf die drei gehandelten Optionen. Von herausragender Bedeutung für die Regierungsbildung war der Verlust der dominanten Stellung der CDU im Parteiensystem. Daraus ergab sich mehr Wettbewerb zwischen der CDU und der Linken sowie der Status der SPD als 'Königsmacher', denn dieser bot ihr das notwendige Potential, um in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen Druck aufzubauen, um die eigenen Ziele erreichen zu können.

### 3.1.3 Policy-Motivation

Wird zur Messung der ideologischen Distanz zwischen den Parteien wieder Abbildung 1 herangezogen, so ergibt sich folgendes Bild für die beiden minimalen Gewinnkoalitionen und die übergroße Koalition Rot-Rot-Grün, die ebenfalls als Option gehandelt wurde:

Die SPD ist in zwei Bereichen (Inneres/Justiz und Bildung/Wissenschaft) inhaltlich ungefähr gleich weit von der CDU entfernt wie von der Linkspartei. Im Politikfeld Arbeit/Soziales ist sie der CDU am nächsten und weit von der Linken entfernt. Für das Feld Wirtschaft/Umwelt lässt sich eine minimal größere Nähe zur Linkspartei als zur CDU erkennen. Daraus kann einerseits geschlossen werden, dass zwischen CDU und SPD die geringste mögliche ideologische Distanz bestand und andererseits, dass eine Koalition aus CDU und SPD wahrscheinlicher war, als ein Bündnis mit der Linkspartei in einem Zweierbündnis oder in einer Dreiparteienkoalition mit den Grünen. Letztere ist zwar der SPD in zwei Politikfeldern näher als die Linkspartei, jedoch ist sie im Politikfeld Wirtschaft/Umwelt der CDU und der Linkspartei thematisch näher als den Sozialdemokraten. Im Bereich Inneres/Justiz hingegen sind die Grünen weiter links von der SPD entfernt als die Partei die Linke, was das Dreibündnis insgesamt also unwahrscheinlicher macht wie eine CDU/SPD-Koalition.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der SPD waren vor allem der gesetzlichen Mindestlohn, eine Verwaltungs- und Gebietsreform (TA vom 3.10.2009), der Ausbau von Ganztagsschulen, die Förderung der erneuerbaren Energien sowie Bildungs- und Energiepolitik (Gothe 2010: 306ff.). Nach Aussagen Matschies stellten auch neue Wege in der Familienpolitik, die Bekämpfung der Kinderarmut und die Initiative für höhere Löhne weitere bedeutende Anliegen der SPD dar (Gathmann 2009).

In ihrem Wahlprogramm setzte die Linkspartei folgende Prioritäten: soziale Gerechtigkeit, Bildungschancen und kulturelle Teilhabe für Alle, existenzsichernde Arbeitsplätze, eine Energieoffensive sowie mehr direkte Demokratie (Gothe 2010: 306ff.). Aber auch die

Verwaltungsreform stand auf der Agenda der Linken (Deutschlandfunk vom 31.08.2009). Die Grünen stellten wiederum ökologische Themen in den Vordergrund. Ihre Prioritäten lagen darauf, „Thüringen bis 2050 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen, die Verkehrspolitik auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes zu fokussieren, aber auch [auf der] (...) Einführung eines Mindestlohns sowie eine[r] bedingungslose[n] Kindergrundsicherung (Gothe 2009: 306ff.).“ Die damalige Spitzenkandidatin der Grünen Astrid Rothe-Beinlich nannte daneben noch Chancengleichheit in der Bildung, mehr direkte Demokratie und ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus als angestrebte Ziele (FW vom 05.09.2009).

Im stark personenzentrierten Wahlkampf der CDU wurden auf die wirtschafts-, familien- und bildungspolitischen Erfolge verwiesen und in Zusammenhang mit ihrem Regierungshandeln gestellt (Gothe 2009: 306ff.).

Ein Vergleich der genannten Ziele der SPD mit dem Koalitionsvertrag wird zeigen, wie viele von diesen Forderungen Eingang in das Vertragswerk gefunden haben. In der Folge wird ein Vergleich dieser Forderungen mit dem Wahlprogramm der Linkspartei ein Urteil darüber erlauben, ob gegebenenfalls in einem Bündnis mit der Linken mehr dieser Inhalte umsetzbar gewesen wären. Dieser Modus wird aufgrund der damaligen Position der SPD gewählt, die sich zwischen drei Koalitionsoptionen entscheiden konnte, bei der in zwei Optionen jeweils die Linke als Partner fungiert hätte. Ziel ist es dabei herauszufinden, welche Koalitionen nach policy-seeking Gesichtspunkten zu präferieren gewesen wären.

In der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn (SPD 2009: 11) konnte sich die SPD nicht durchsetzten. Im Koalitionsvertrag ist lediglich die Rede davon, dass der Anteil derjenigen Branchen und Arbeitnehmer, für die ein Mindestlohn gilt, ausgebaut werden soll (CDU/SPD 2009: 17). Zwar ist im Vertrag die Rede davon, dass die Koalition aktiv für ein höheres Lohnniveau eintritt, jedoch wird dies an andere Stelle durch die Notwendigkeit von „wettbewerbsfähigen Löhnen“ (CDU/SPD 2009: 4) etwas relativiert. Die Verwaltungs- und Gebietsreform aus dem SPD-Wahlprogramm findet sich nicht im Vertragswerk wieder. Stattdessen soll lediglich der finanzielle Nutzen einer solchen Reform geprüft werden (CDU/SPD 2009: 50). Über den Ausbau von ganztägigen Angeboten unabhängig von der Schulform konnten sich CDU und SPD einigen und auch die Bekämpfung der Kinderarmut wurde in den Koalitionsvertrag aufgenommen (CDU/SPD 2009: 50). Was die Energiepolitik angeht, so wollen beide Parteien energieeffiziente Altbauten fördern und waren sich im Grunde genommen über den Ausbau von erneuerbaren Energien einig. Die SPD konnte sich darüber hinaus auch mit der Stärkung der Stadtwerke durchsetzten, die konträr zur Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes stand, wie sie die CDU in ihrem Programm forderte (SPD 2009; CDU 2009; CDU/SPD 2009). In der Familien- und Bildungspolitik war es der SPD nicht möglich, eine Rücknahme der Bestimmungen zum Erziehungsgeld zu erreichen. Allerdings wurden die hoheitlichen Aufgaben der Stiftung „Familiensinn“ entzogen, was dem Vorhaben der CDU entgegenstand. Der Anspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr war beiden Koalitionspartner schon vor den

Verhandlungen ein Anliegen. Mit dem Ausbau von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren und der Einrichtung eines Studiengangs für frühpädagogisches Personal, wurden auch die Vorstellungen der SPD zum Ausbau von Bildungs-, Beratungs- und Hilfsangeboten für Eltern und einer akademischen Ausbildung für Erzieher Rechnung getragen (SPD 2009; CDU 2009; CDU/SPD 2009).

Darüber hinaus sollen die Ziele eines Volksbegehrens zur Familienpolitik umgesetzt werden, was auch die Forderung der SPD nach 2000 neuen Erzieherstellen beinhaltet (Schutt 2009). Ein weiteres Anliegen der SPD in der Schulpolitik ist das Konzept 'Gemeinschaftsschulen mit gemeinsamen Lernen bis zur 8. Klasse' (SPD 2009: 45). Dies wurde zwar in den Vertrag aufgenommen, jedoch lediglich als ergänzende Schulform neben den bestehenden Strukturen (CDU/SPD 2009: 22). Folglich handelt es sich nicht um eine Reform des bestehenden Systems sondern um eine Erweiterung. Die Eigenverantwortung der Schulen wird dennoch gestärkt. Hinsichtlich der Beibehaltung des Verbots von Studiengebühren bestand Einigkeit, allerdings konnte die SPD außerdem erwirken, dass auch die Verwaltungskostenbeiträge abgeschafft werden (CDU/SPD 2009: 25). Weitere Forderungen der SPD wie die Integration von Förderschulen, die Gleichbehandlung von Lehrern und der garantierte Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger, haben keinen Eingang in das Vertragswerk gefunden.

Abgesehen von den drei eben erwähnten Forderungen, konnte sich die SPD nur beim gesetzlichen Mindestlohn, der Gebietsreform und der Frage des Erziehungsgeldes nicht durchsetzen. Ihr Konzept der Gemeinschaftsschulen wird zwar eingeführt, jedoch nur als ergänzende Schulform. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich ein Großteil der sozialdemokratischen Forderungen im Koalitionsvertrag wiederfindet.

Zwischen der Linken und der SPD bestand hinsichtlich der Durchführung einer Verwaltungs- und Gebietsreform und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ein Konsens. Der Ausbau von Ganztagsschulen, die Einführung von Gemeinschaftsschulen und die Bekämpfung der Kinderarmut waren ebenso Anliegen beider Akteure. Hinsichtlich der Energiepolitik war man sich im Ausbau der erneuerbaren Energien einig. Konfliktpotential dürfte jedoch die Forderung der Linken nach einer Vergesellschaftung von Stromnetzen und Kraftwerken in sich getragen haben, obwohl auch die SPD den Rückkauf von Energienetzen forderte. In der Bildungspolitik standen sich die beiden Parteien sehr nahe: Dies gilt für den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, den Ausbau der Erzieherstellen, einen Ausbau von Ganztagsschulen, das gemeinsame Lernen bis Klasse acht, die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen oder ihre Positionen zur Studien- und Verwaltungsgebühr. In der Familienpolitik wollten beide das Erziehungsgeld abschaffen (TA vom 21.08.2009), die Finanzierung der Stiftung „Familiensinn“ zurücknehmen und deren Aufgaben in Landeshoheit zurückführen sowie ein flächendeckendes Netz von Frauenhäusern und ein kostenloses Mittagessen in den Kitas durchsetzen. Des Weiteren wäre wohl der Ausbau von Kitas zu Bildungs- und Familienzentren mit dem Wunsch der SPD nach Bildungs-, Beratungs- und Hilfsangebote für Eltern vereinbar gewesen (Die Linke 2009; SPD

2009; MDR 2009). Es wird deutlich, dass es auch mit der Linkspartei in vielen inhaltlichen Fragen Gemeinsamkeiten gab. Diese inhaltliche Nähe bot der SPD allerdings auch die Möglichkeit in den Verhandlungen mit der CDU größeren Druck aufzubauen, um weitere Ziele zu verfolgen.

Insgesamt betrachtet muss jedoch hervorgehoben werden, dass viele der Kernforderungen der SPD mit der Partei Die Linke leichter umsetzbar gewesen wären, da sich hier schon in ihren Positionen in den Wahlprogrammen viele offensichtliche Parallelen abzeichneten. Abgesehen von vielen Vorhaben, die jetzt auch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD stehen, hätten auch die Schulreform, gesetzlicher Mindestlohn, die Gebietsreform angepackt und das Erziehungsgeld abgeschafft werden können. Insofern wäre aufgrund der parteiprogrammatischen Prioritäten der Parteien eine Koalition mit der Linken - auch in einem Dreierbündnis mit den Grünen – zu präferieren gewesen. Denn oben genannten Kernforderungen der Grünen wären ebenfalls mit SPD und Linke umsetzbar gewesen und enthalten auch einige der inhaltlichen Prioritäten der SPD, wie den Mindestlohn, den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ganztagsschulen, sowie Bekämpfung von Kinderarmut. Ebenso wäre aber eine Gebietsreform mit den Grünen durchsetzbar gewesen. In der Verkehrspolitik wären gegebenenfalls Konflikte aufgetreten, wenn es um das Verhältnis des Ausbaus von Schienen- und Straßennetz gegangen wäre. Außerdem hätte das Ausmaß der Kindergrundsicherung einen Streitpunkt darstellen können. (Bündnis 90/ Die Grünen 2009; Die Linke 2009; SPD 2009)

Wird die ideologische Distanz zwischen CDU und SPD herangezogen, erklärt dies ein CDU/SPD-Bündnis. Wie oben erörtert ist ein Bündnis mit der Linken oder eine Drei-Parteienkoalition mit Die Linke und Bündnis/90 Die Grünen aufgrund der ideologischen Distanz unwahrscheinlicher gewesen als die schwarz-rote Koalition. Mit letzterer konnte bei geringst möglicher ideologischer Distanz ein Großteil der inhaltlichen Schwerpunkte der SPD Eingang in den Koalitionsvertrag finden. Mit der Linken wären – sei es in einem zweier Bündnis oder in einer Drei-Parteienkoalition mit den Grünen - mehr Forderungen der SPD umsetzbar gewesen, als letztlich in den Koalitionsvertrag von SPD und CDU eingegangen sind. Neben der Motivation bestimmte inhaltliche Forderungen durchzusetzen dürften also noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben.

### 3.1.4 Office-Motivationen parteipolitischer und individueller Akteure

Wird die Regierungsbildung unter der Annahme rational handelnder, kollektiver und individueller Akteur betrachte, die um Faktoren wie Macht, Einfluss, Gestaltungsmacht, Karrieremöglichkeiten und Ansehen konkurrieren, letztlich also auch um Ämter in der Regierung, ergibt sich für Thüringen ein relativ klares Bild.

Zunächst soll hier die Perspektive der Parteien im Fokus stehen. Die Sondierungsgespräche zwischen Rot-Rot-Grün, so geht es aus den Protokollen der Linken und denen der Grünen

hervor, drehten sich letztendlich nur noch um die Ministerpräsidentenfrage (SZ vom 10. 10.2009). Dieser Posten ist insofern von hoher Bedeutung, weil er eine „Driving Seat Position“ darstellt (Workshop mit Michael Donnermeyer am 02.07.2010), was u.a. mit der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten zusammenhängt. Die Einigung in dieser Frage war deshalb so kompliziert, weil die Grünen und auch die SPD im Vorfeld beide die Wahl eines Ministerpräsidenten aus der Partei Die Linke ausgeschlossen hatten (SZ vom 18.09.2009). Dies wäre jedoch die größte Fraktion in einer solchen Dreierkonstellation gewesen und hätte dadurch traditionell Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt gehabt. Ramelow verzichtete auf dieses Vorrecht und hätte auch einen SPD-Ministerpräsidenten akzeptiert. Jedoch nur wenn die konkrete Person, gemeinsam durch alle drei Parteien vorgeschlagen worden wäre (SZ vom 10.10.2009). Dies hätte der Linken einen Einfluss auf die Personalauswahl gesichert. Darüber hinaus wollt Ramelow Matschie nicht als Ministerpräsidenten akzeptieren (Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010). Matschie kündigte zwar nach der Bundestagswahl an, dass er das Amt des Ministerpräsidenten nicht mehr für sich beanspruchen würde. (Welt Online vom 30.09.2009) Für die Parteispitze war jedoch klar, dass er als Ministerpräsident nicht verhandelbar war (TA vom 18.09.09).

Alle Vorschläge, die die Linke für einen Ministerpräsidentenposten machten, wurden von Seiten der SPD allesamt abgelehnt, da es aus ihrer Sicht nur einen möglichen Kandidaten gab. Matschie, als Spitzenkandidat in der Wahl angetreten, sollte Ministerpräsident werden und es sollte nicht nach einer Alternative innerhalb der Partei gesucht werden. Der Modus den Ramelow vorschlug, wäre für die SPD ein Eingriff in ihre internen Entscheidungsprozesse gewesen. Auch Ramelows Argument, wenn beide Kandidaten auf den Posten verzichten würde keiner das Gesicht verlieren, änderte daran nichts (Interview mit Dietmar Herz vom 23.08.2010). Es zeigt sich hier also ein Konflikt um das Ministerpräsidentenamt, der letztendlich nicht gelöst werden konnte. Eine übergroße Koalition hätte zu einer Aufteilung der Ämter zwischen drei Parteien und somit grundsätzlich zu einer ungünstigeren Postenbilanz für die SPD geführt. Aus einer office-seeking Perspektive ist es deshalb nicht rational zu erklären, dass SPD und Linke nur über ein Bündnis unter Einbeziehung der Grünen verhandelten.

In einer Zweiparteienkoalition mit der CDU war von Beginn an mit einer höheren Postenzahl für die SPD zu rechnen. Dies wird durch das Verhandlungsergebnis bestätigt, nach welchem die SPD im Bezug auf die Ministerposten Parität mit der CDU erreichen konnte. Vier der neun Ministerposten werden von der SPD geführt, dazu wurden auch viele Posten unterhalb der Ministerebene von der SPD besetzt (Gathmann 2009). Unter den von der SPD geführten Ministerien sind vor allem solche, die für die Landespolitik von hoher Bedeutung sind und deswegen für die CDU einen nicht unerheblichen Verlust darstellen (Schutt 2009). Die SPD konnte letztendlich ein Maximum an Posten für sich gewinnen, denn je „länger die CDU den Machtverlust fürchtet, umso weicher wird sie in den Verhandlungen (TA vom 18.09.09 b).“ Dies wäre in einer Rot-Rot-Grünen Konstellation nicht der Fall gewesen. „50% aller Ministerien und aller Staatssekretäre, mal ganz nüchtern betrachtet, hätte eine Koalition aus SPD, Linke und

Grüne niemals für die SPD ergeben“ (Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010). Die Linke sah sich wohl auch deswegen als Verhandlungsmasse der SPD, die dazu diente eine höhere Zahl an Ministerien in einer CDU/SPD Koalition zu erlangen (Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010). Ein solches Verhalten ist im Sinne einer office-seeking-Perspektive nur als konsequent zu bezeichnen. Für die SPD ergab sich damit letztendlich folgende Lage: Den Ministerpräsidenten ihrer Wahl konnten sie dem Wahlergebnis nach höchstens in Verhandlungen mit Rot-Rot-Grünen durchsetzen. Wie weiter oben erörtert konnte die Ministerpräsidentenfrage nicht zur Zufriedenheit der SPD gelöst werden und die Zahl der Posten wäre im Dreibündnis für die SPD geringer ausgefallen. In einer Koalition mit der CDU konnten sie zwar ebenfalls nicht den Ministerpräsidenten stellen, aber die CDU kam den Forderungen der SPD nach, so dass in den Verhandlungen mit der Linken kein Spielraum mehr vorhanden war (Interview mit Herz vom 23.10.2010). Letztendlich war es aus dieser Perspektive nur logisch, dass die SPD das Bündnis mit der CDU suchte. Das Verhalten der CDU war aus dieser Sicht ebenfalls konsistent. Um an der Regierung zu bleiben und überhaupt Ämter besetzten zu können, mussten zwar Zugeständnisse gemachten werden, aber das Ministerpräsidentenamt konnte gehalten werden. Gleiches gilt für das wichtige Amt des Finanzministers, das in Zeiten angespannter Haushalte in gewisser Weise mit einem Steuerungsfunktionsmechanismus verknüpft ist (Interview mit Dietmar Herz vom 23.08.2010), sowie für vier weitere Ministerien.

Ein Blick auf die Ebene der Hauptakteure zeigt ebenfalls die Logik des Ergebnisses der Regierungsbildung auf. Für Matschie wäre das Ministerpräsidentenamt das bestmögliche Verhandlungsergebnis gewesen. Wäre er jedoch auf Ramelows Vorschlag eingegangen, hätte er nur einen bedeutend weniger wichtigen Posten bekommen können: „Nach einer SPD-Ministerpräsidentin stünde Ramelow zweifellos die Vizeregentschaft zu, Matschie wäre im Kabinett die Nummer 3. Selbst wenn man annähme, dass das Ego des SPD-Chefs vieles verträgt - das wohl nicht (TA vom 18.09.09).“ Nicht nur, dass Matschie als Spitzenkandidat den Ministerpräsidentenposten einem Parteikollegen überlassen hätte müssen, Ramelow wäre in dieser Konstellation sehr einflussreich geworden, da ihm wohl ein starkes Ressort mit Kompetenzen in Wirtschaft und Energie überantwortet worden wäre (FW vom 18.09.2009 a). Insofern war es für Matschie rational, in eine Koalition mit der CDU einzutreten. Hier wurde er Vize-Ministerpräsident, bekam einen Ministerposten und musste nicht zu Gunsten eines Parteifreundes auf das Ministerpräsidentenamt verzichten. Des Weiteren war es auf diese Weise möglich, auch für die drei weiteren Verhandlungsführer der SPD einen Ministerposten auszuhandeln (SZ vom 02.10.2009).

Für Ramelow war aufgrund der Wahlaussage der SPD klar, dass ihm das höchste Amt in Thüringen verwehrt bleiben würde. So war es aus seiner Sicht rational, darauf zu verzichten und im Austausch dafür ein starkes Ressort für sich einzufordern. Wie oben beschrieben hätte Ramelow, wäre sein Kompromissvorschlag angenommen worden, eine starke Stellung gehabt. Außerdem ging es für ihn „neben dem Regierungsamt in Erfurt auch um seine Parteikarriere in Berlin. Will er irgendwann Gysi oder Lafontaine nachfolgen, wäre es ziemlich hilfreich, wenn er

mit einem Thüringer Referenzmodell, wie er es sagt, bundesweit völlig neue Optionen eröffnete (TA vom 18.09.09)." Matschie konnte er nicht als Ministerpräsidenten akzeptieren, ohne sein Gesicht zu verlieren (Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010). Es wäre ihm wohl auch als Niederlage ausgelegt worden. Die Schwarz-Rote Koalition gab Christiane Lieberknecht, die Möglichkeit persönlich in ihrer Karriere voranzukommen. Während sie im „System Althaus" Sozialministerin gewesen war, war der Weg zu höheren Ämtern für sie blockiert. Mit dem Rücktritt Althaus konnte sie die Chance ergreifen und Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin in der Schwarz/Roten Koalition werden.

Fasst man die Office-Motivation auf parteipolitischer und individueller Ebene zusammen, zeichnet sich klar ein Trend in Richtung einer CDU/SPD Koalition ab. Die SPD konnte in dieser Konstellation ein Maximum an Posten für sich gewinnen. Matschie konnte zwar nicht Ministerpräsident werden, hat aber in der Koalition mit der CDU einen besseren Posten erreicht, als es in einem Dreierbündnis mit Grünen und Linkspartei der Fall gewesen wäre. Lieberknecht konnte durch die Große Koalition einen enormen Karriereschritt machen.

### 3.1.5 Koalitionsaussagen

Die Grünen schlossen eine Koalition mit der CDU aus. Aufgrund des Wahlergebnisses kam diese Aussage jedoch nicht zum tragen, ebenso wie die Einschätzung der FDP im Wahlkampf, dass eine Regierungsbeteiligung in einer Schwarz-Gelben Koalition am realistischsten wäre und somit auch ihre Präferenz ausdrückte. Die CDU und ihr Kandidat Althaus hatten vorab keine Koalitionsaussage abgegeben. Jedoch boten sie allen demokratischen Parteien Gespräche an (TA vom 31.08.2009). Die Linke sprach sich vor der Wahl für die SPD als Juniorpartner aus und begründete dies mit inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Die SPD schoss ein Bündnis mit der Union nicht aus, hätte aber erhebliche Schwierigkeiten gehabt, eine schwarz-rote Koalition mit Althaus als Ministerpräsidenten zu rechtfertigen, da sie im Wahlkampf darum geworben hatte das „System Althaus" abzuwählen (SZ 02.09.2009). Letzteres ist zwar keine Koalitionsaussage im eigentlichen Sinne, indirekt wäre es jedoch ein Wortbruch gewesen, Althaus noch einmal das Ministerpräsidentenamt zu überlassen. Eine Koalition mit der Linken wollte die SPD nur dann eingehen, wenn sie den Ministerpräsident hätte stellen dürfen (Gothe 2010: 306f.).

Die Koalitionsaussagen der FDP und Grünen hatten keine Auswirkung auf die Regierungsbildung. Da sich die CDU nicht festlegte und die SPD ein Bündnis mit dieser nicht ausschloss, stand eine Schwarz-Rote Koalition nach der Wahl zwar weiter offen, die Person Althaus wäre jedoch ein Hindernis gewesen. Dreh- und Angelpunkt der späteren Verhandlungen der SPD mit der Linken sollte aber die Aussage der SPD über das Amt des Ministerpräsidenten sein. Diese Aussage war insofern schwerwiegend, weil sie von einem Mitgliederentscheid von 2008 innerhalb der SPD getragen wurde (Bartsch 2009). Zwar gab es interne Auseinandersetzungen in SPD, in den sich die Befürworter eines Bündnisses mit der Linken bzw. mit dieser und den Grünen für einen Mitgliederentscheid bezüglich der Koalitionsfrage

engagierten (SZ 12.10.2009). Jedoch war es schwer vorstellbar, dass Matschie sich über das Votum von 2008 hinweggesetzt hätte, um als Juniorpartner ein rot-rotes Bündnis einzugehen.

### 3.1.6 Synopse

Tabelle 1: Synopse

| **Faktoren der Koalitionsbildung** | **zentrale Befunde** | **Einfluss auf die Koalitionsbildung** | | |
|---|---|---|---|---|
| | | **groß** | **mittel** | **schwach** |
| Der bundespolitische Kontext der Koalitionsbildung | Hatte wenig oder nur unterstützenden Einfluss<br><br>Schwarz/Rote Koalition war von der Bundes-CDU gewünscht | | | x |
| Struktur des Parteiensystems | Mehr Wettbewerb zwischen CDU und Linkspartei<br><br>Koalition aus Linke und CDU aufgrund ideologischer Distanz nicht möglich<br><br>SPD hat Position des 'Königmachers' im Parteiensystem | | x | |
| Policy-Motivationen | Geringst mögliche ideologische Distanz zwischen SPD und CDU<br><br>Mit Linkspartei (und auch in einem rot-rot-grünem Bündnis) wären mehr inhaltliche Schwerpunkte der SPD leichter umsetzbar gewesen, aber ein Großteil konnte auch gegenüber der CDU durchgesetzt werden<br><br>Neben der Motivation bestimmte inhaltliche Forderungen durchzusetzen dürften also noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben. | | x | |
| Office-Motivationen parteipolitischer und individueller Akteure | Mit der CDU war eine höhere Ausbeute an Posten für die SPD möglich<br><br>Für Matschie selbst bot die Schwarz-Rot Koalition den 'besseren' Posten | x | | |
| Koalitionsaussagen | CDU war offen für Koalition mit SPD<br><br>Althaus stand Koalition zwischen SPD und CDU im Weg<br><br>SPD war an Mitgliederentscheid und Wahlkampfaussage gebunden und konnte deshalb keinen Ministerpräsidenten aus der Partei Die Linke akzeptieren | | x | |

*Quelle: Eigene Darstellung.*

## 3.2 Erklärungspotenzial der Koalitionstheorie

In diesem Kapitel soll das Erklärungspotenzial der Koalitionstheorie thematisiert werden. Dazu werden zunächst theoriebasierte und empirische Ansätze der Koalitionstheorie vorgestellt. Im darauffolgenden Unterpunkt werden diese theoriebasierten Konzepte konkret auf den Fall Thüringen bezogen. Die Leitfrage ist dabei: Welche Koalitionsoptionen können durch die jeweiligen Ansätze erklärt werden und welche nicht? Danach wird dann noch einmal zusammenfassend das Erklärungspotenzial der gängigen Koalitionstheorien bewertet. Grenzen der Koalitionstheorie sollen aufgezeigt und Weiterentwicklungsbedarf der Theorie benannt werden. Abschließend folgen die Kennzeichnung möglicher „blinder Flecken" dieser Theorien und ein Ausblick auf das weitere Vorgehen.

### 3.2.1 Theoriebasierte Prognosen und Empirie

In der Koalitionsforschung dominieren zwei zentrale Fragen: Warum entstehen bestimmte Koalitionen? Und welche Koalitionen sind wahrscheinlich? Zunächst ist festzustellen, dass es in der Koalitionsforschung sowohl deduktive als auch induktive Ansätze gibt. Die deduktiven Konzepte leiten Annahmen aus der Spieltheorie ab. Ziel deduktiver Ansätze ist es, eine möglichst hohe Prognosefähigkeit zu bewerkstelligen. Drei einflussreiche Ansätze bieten Anhaltspunkte zur Untersuchung von Koalitionsbildungen (Müller 2004: 274).

Auf William H. Riker (1962) geht das erste bedeutende Konzept der Koalitionstheorie zurück. Dieser prognostiziert sogenannte „minimal winning coalitions". Hierbei handelt es sich um Koalitionen, die als Zusammenschluss die geringstmögliche Parlamentsmehrheit erreichen. Im äußersten Fall gehören also nur 51 Prozent der Abgeordneten zu dieser Koalition. Grundlegend wird dabei angenommen, dass Parteien einheitliche, rationale und gewinnmaximierende Akteure sind (Müller 2004: 269). Macht und Einfluss, z.B. in Form von Ämtern, können so auf möglichst wenige Akteure verteilt werden und der einzelne Abgeordnete maximiert dadurch seinen Anteil, also seinen Nutzen. Hierbei spricht man von „office seeking" oder auch Ämtermotivation. Bei der Koalitionsbildung geht der Ansatz davon aus, dass nur Mehrheitskoalitionen handlungsfähig („winning"), und damit wesentlich für die wissenschaftliche Betrachtung, sind. Das Ausscheiden einer Partei führt zum Verlust der Mehrheit. Kritisiert wird an dieser Theorie, dass die Anzahl der vorhergesagten Koalitionen oftmals noch zu hoch ausfällt. Dem Ansatz zufolge sind meist mehrere „minimal winning coalitions" möglich. Eine Eingrenzung auf wenige Optionen ist somit nur schwer möglich.

Demgegenüber erwartet eine andere Theorie mit „minimum winning coalitions" diejenigen Koalitionen, die aus der kleinstmöglichen Anzahl von potentiellen Regierungsparteien gebildet werden. Dahinter steckt die Erwartung, dass jeder weitere Koalitionspartner die Verhandlungen im Kabinett komplizierter macht und das Finden von Kompromisslösungen beeinträchtigt

(Vetospielertheorem). Daher sollte das Ziel der Verhandlungsführer sein, eine solche Konstellation erfolgreich auf den Weg zu bringen, die zu einer Regierung mit möglichst wenigen weiteren Verhandlungspartnern führt. Es bildet sich also diejenige Koalition, deren Mehrheit am knappsten ist („minimum"). Es wird kritisiert, dass Minderheitsregierungen auf diese Weise nicht vorhergesagt werden können. Gleiches gilt für übergroße Regierungen, also wenn sich etwa drei Parteien zu einer Koalition zusammenschließen, obwohl bereits zwei für eine Parlamentsmehrheit ausgereicht hätten (Lijphart 1999). Außerdem wird dem Konzept aufgrund von mehreren Untersuchungen eine geringe Prognosefähigkeit zugeschrieben.

Beim dritten Ansatz werden „minimal connected winning coalitions" erwartet (Axelrod 1997). Dies ist eine Koalition, bei der kein politischer Partner überflüssig ist, zudem aber auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala (der sog. ideologische Skala) kein Partner übersprungen wird. Angenommen wird bei diesem wie bei vorgenannten Ansätzen, dass Parteien einheitliche, rationale und gewinnmaximierende Akteure sind. Außerdem wird stets die Bildung von Mehrheitskoalitionen vorausgesetzt. Ziel der Parteien ist bei diesem Ansatz, dass sie gleichzeitig ihre politischen Ämter (office-seeking) und die Umsetzung möglichst vieler eigener Politikinhalte (policy-seeking) anstreben. Koalitionen bestehen aus ideologisch „benachbarten" Parteien auf einer ideologischen Skala. Damit werden Verhandlungskosten minimiert. In der Kritik an dieser Theorie wird die gesteigerte Prognosefähigkeit positiv hervorgehoben.

Jedoch ist die eindimensionale policy-Skala nicht eindeutig definierbar. Grundsätzlich wird an den „a priori-Ansätzen" der Koalitionsforschung kritisiert, dass sie vor allem auf die Prognosefähigkeit abzielen. Die Prozesse der Koalitionsbildung stehen dabei eher im Hintergrund. Die universalitischen Annahmen der Konzepte sind teilweise empirisch nicht begründbar. Erklärungen von Koalitionsbildungen sind deswegen anhand der „a priori-Ansätze" nicht uneingeschränkt möglich.

Neben den deduktiven Ansätzen gibt es auch das Bestreben, Koalitionsbildungen mittels induktiver Ansätze zu erklären. Dabei wird stets eine Angleichung der bestehenden Modelle mit empirisch begründeten Annahmen vorgenommen. Das Ziel des empirischen Vorgehens ist die Offenlegung des Prozesses der Koalitionsbildung. Damit die Modelle an empirischer Präzision gewinnen, werden institutionelle Variablen hinzugenommen, wie etwa:

- Verfassungsvorgaben zur Regierungsbildung,
- Struktur des Parteiensystems,
- Gesellschaftliche Normen,
- inter-parteiliche Regeln.

Dies sind beispielhafte Variablen, die bei der Operationalisierung der Frage nach den Faktoren der Koalitionsbildung helfen. In der vorliegenden Arbeit wurden allerdings andere bzw. weitere Faktoren gewählt (vgl. 3.1). Es finden sich einige Beispiele für solche deduktiven Arbeiten. So

wurde vom Koalitionsforscher Uwe Jun (1994) eine Vollerhebung aller Koalitionsbildungsprozesse auf Bundes- bzw. Landesebene vorgelegt. Mit einem solchen Vorgehen wird die Langzeitperspektive der Betrachtung betont. Juns Hauptinteresse ist die Darstellung und Analyse politischer Hintergründe und situativer Kontexte. Er vernachlässigt bei seiner Arbeit den individuellen Akteur, da er eher einen systemtheoretischen Zugriff verfolgt: Individuen sind als Teil der korporative Akteure handelnden Parteien zu verstehen.

In der von Bräuninger und Debus (2008) dargelegten Arbeit wurden ebenfalls mehrere Fallbeispiele untersucht. Dazu wird ein quantitativ multivariates Verfahren herangezogen. Dies lässt eine komparative Ausrichtung zu. Bräuninger und Debus sind bei ihrer Arbeit deduktiv vorgegangen und hatten den Anspruch, ein allgemein gültiges Modell zu entwickeln. Eine weitere Komponente der empirischen Koalitionsforschung sind Einzelfallstudien. Sie weisen eine induktive Vorgehensweise auf und haben zum Ziel, das Koalitionshandeln zu ergründen. Diese individuell auf den historischen Einzelfall zugeschnittene Analyse besitzt eine recht hohe Erklärungskraft. Ein Beispiel hierfür sind die Einzelfallstudien von Kropp und Sturm (1998). Die Autoren stellen in ihrer Arbeit die Vergleichbarkeit zwischen der Koalitionsbildung in verschiedenen Bundesländern grundsätzlich in Frage. Eine Theoriebildung ist auf Grundlage dieser einzelfallorientierten und detailreichen Untersuchungen kaum möglich. Zudem wollen diese Einzelfallstudien vor allem die historischen Einzelfälle analysieren und erklären, wobei sie im Sinne einer Prognosefähigkeit weniger aussagekräftig sind. Als grundsätzliche Kritik an empirischen Ansätzen der Koalitionsforschung wird vorgebracht, dass ein solches Vorgehen einen hohen Grad an Komplexität mit sich bringt. Dabei haben empirische Verfahren oft nur geringe Reichweite und erklären nicht selten nur Einzelfälle. Ein weiterer Schwachpunkt ist der verhältnismäßig hohe Arbeitsaufwand, den solche Verfahren durch Erwerb, Systematisierung und Auswertung von quantitativen Daten mit sich bringen.

### 3.2.2 Evaluation des explanatorischen Potenzials der Koalitionstheorie

Bezieht man die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Ansätze auf die Koalitionsverhandlungen in Thüringen, so erweisen sich einige Ansätze in höherem Maße dazu geeignet, die Prozesse in Thüringen zu erklären, als dies für andere der Fall ist. Im Folgenden werden die „a priori“-Ansätze auf den vorliegenden Fall angewendet um aufzuzeigen, in wie weit diese theoretischen Konzepte Erklärung für die Abläufe und das Resultat der Regierungsbildung bieten.

Die auf William H. Riker zurückgehende Theorie der „minimal winning coalitions“ geht von Koalitionen aus, die zusammen die geringstmögliche Parlamentsmehrheit erreichen. Damit kann dann aber auch wie bereits beschrieben der minimal mögliche Fall von nur 51 Prozent der Abgeordnetensitze möglich sein. Dies trifft nach der Landtagswahl 2009 lediglich auf die Option einer Regierung aus SPD und die Linke zu: Beide kamen zusammen auf 45,9 % der Stimmen und damit auf 45 von 88 Sitzen im Thüringer Landtag. Die Mehrheit bestand also aus dem einen

erforderlichen Sitz. Das heißt, dass die Prognose der Theorie beim Fall Thüringen nicht zutrifft. Des Weiteren geht die Theorie davon aus, dass Parteien einheitliche, rationale und gewinnmaximierende Akteure sind. Sowohl bei den Linken als auch gerade bei der SPD kann in Anbetracht der Sondierungsgespräche von einer Einheitlichkeit nicht die Rede sein. In der SPD gab es starke Strömungen sowohl gegen als auch für ein Bündnis mit der Linken. Die im vorangegangenen Kapitel (3.1.1) Unstimmigkeiten zwischen dem Landesverband der Linken und deren Bundespartei sind ein weiteres Anzeichen für ein uneinheitliches Handeln beider Parteien (vgl. Innerparteiliches/ Vertrauen). Die Diskussionen um einen möglichen Ministerpräsidenten oder Superminister Bodo Ramelow wiederum zeigen, dass die Verhandlungen streckenweise nicht mehr rational geführt wurden und stark emotional geprägt waren. Zum Punkt der Gewinnmaximierung lässt sich sagen, dass die SPD sowohl in puncto Ämterausbeute (office-seeking) als auch bezüglich der im Koalitionsvertrag durchgesetzten politischen Inhalte (policy-seeking) klar im Vorteil war, was diesen Teil der Theorie in Bezug auf den Fall Thüringen bestätigt.

Das Konzept der „minimum winning coalitions“ prognostiziert Koalitionen, die aus der kleinstmöglichen Anzahl von potentiellen Regierungsparteien gebildet werden. Einerseits bestätigt die aktuelle Zweierkoalition aus CDU und SPD den „minimum winning coalitions“-Ansatz. Andererseits wird an diesem Ansatz gemeinhin kritisiert, dass er keine übergroßen Regierungen vorhergesagt, also etwa dem breiten linken Bündnis aus SPD, Linken und Grünen, die ja nicht unmöglich gewesen wäre. Das Zustandekommen einer Dreierkoalition ist in der Theorie nicht vorgesehen, wenn auch schon durch zwei Parteien eine ausreichende Parlamentsmehrheit gegeben ist. Diese nötige Mehrheit war (neben der heute amtierenden Schwarz-Roten Koalition) auch schon für die Zweierkoalition aus SPD und Linke mit 45 von 88 Parlamentssitzen gegeben.

Die ebenfalls aus dem „minimum winning coalitions“-Ansatz enthaltene Annahme, dass mehr Koalitionspartner auch mehr Unstimmigkeiten bedeuten, ist im Fall von Rot-Rot-Grün zutreffend. Allerdings muss hier angemerkt werden, dass diese Unstimmigkeiten weniger in der inhaltlichen – als vielmehr auf persönlicher Ebene zu finden waren. Zwar wurden die Grünen in die Sondierungsgespräche für eine Linksregierung eingeschaltet, um als Vermittler zwischen den Kontrahenten Ramelow und Matschie zu agieren und somit Unstimmigkeiten abzubauen. Jedoch wurde die Einbeziehung der Grünen wohl auch aus dem Gefühl der Überflüssigkeit von der Öffentlichkeit und bei den Akteuren der Grünen selbst mit äußerster Skepsis betrachtet. Um es kurz zu resümieren: Nicht fehlende inhaltliche Übereinstimmungen waren das Problem von Rot-Rot-Grün, sondern die komplizierte Mechanik einer Dreierkoalition und die Vertrauensfrage (vgl. TA 18.09.2009).

Beim Axelrods Ansatz von den „minimal connected winning coalitions“ werden Koalitionen vorhergesagt, bei der kein politischer Partner überflüssig ist und außerdem kein Partner auf der ideologischen Skala übersprungen wird. Einerseits wird bei dieser Theorie vor allem die

gesteigerte Prognosefähigkeit positiv hervorgehoben. Andererseits ist die eindimensionale policy-Skala problematisch, da diese nicht eindeutig definierbar ist. Jedoch wurde dazu vom Koalitionsforscher Pappi folgende die Anordnung vorgeschlagen: „LINKE – GRÜNE – SPD – CDU – FDP (Pappi et al. 2009: 4).“ Hierzu wäre natürlich zunächst zu reflektieren, ob sich diese Anordnung ohne Änderungen auf die Parteien in Thüringen übertragen ließe, da die ideologische Ausrichtung eines Landesverband mit der Position des Bundesverband oder anderen Landesverbänden identisch ist. Anhand der vorliegenden Analyse (vgl. 3.1.2) wird deutlich, dass diese Skalierung in Thüringen in drei von vier Politikfeldern nicht zutreffen ist. Überwiegend steht die CDU mit ihren Positionen rechts von der FDP. Dementsprechend sind SPD und CDU lediglich in drei Politikfeldern „benachbarte“ Parteien im Sinne der policy-Skala. Die Theorie würde dementsprechend nur in einem Politikfeld keine Schwarz-Rote Koalition zulassen. Bei dieser Option wird nämlich ein Partner „auf der ideologischen Skala übersprungen“ (Axelrod 1997/ Müller 2004).

Das breite linke Bündnis (Rot-Rot-Grün) wird vom „minimal connected winning coalitions“-Ansatz ebenfalls ausgeschlossen, da die Grünen rein rechnerisch als „überflüssig“ gelten können (bei 45 von 88 Sitzen für SPD und Linken allein). Sowohl eine Rot-Rote als auch eine Schwarz-Rote Koalition entscheiden sich an der Position der SPD auf der Rechts-Links-Skala. Folgt man dem minimal connected winning coalitions“-Ansatz, ist es Ziel der Parteien, gleichzeitig ihre politischen Ämter und die Umsetzung möglichst vieler eigener Politikinhalte durchzusetzen. Beides ist der SPD, wie bereits festgestellt, in der Schwarz-Roten Koalition gelungen: sie konnte sich vier von neun Ministerien sichern – und das bei einem schlechteren Stimmverhältnis im Parlament (CDU: 30 Sitze, SPD: 18 Sitze). Auch beim Regierungsprogramm, also dem Koalitionsvertrag der beiden regierenden Parteien, setzte sich die SPD vielfach durch (vgl. 3.1).

### 3.2.3 Grenzen der Theorie und Bedarf der Theorieentwicklung/ Blinde Flecken der Koalitionstheorie: Vermutungen

Jede Theorie zur Koalitionsbildung kann nur an ihrem Anspruch gemessen werden. Was fehlt, ist eine Theorie mit universalistischem Anspruch, eine integrative Theorie, die alle komplexen Abläufe in all ihren Phasen erklären kann. Es stellt sich die Frage, inwieweit komplexe Vorgänge wie Koalitionsbildungen überhaupt in Modellen darstellbar gemacht werden können. Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die gängigen Theorien zur Koalitionsbildung lückenhaft sind und nicht jeden empirischen Fall ausreichend erklären können. Im gesamten Kapitel 3 ist vor allen Dingen deutlich geworden, dass besonders die policy-Motivation und die office-Motivation wichtig für die Erklärung von Koalitionsverhandlungen (vgl. 3.1.6 Synopse) sind. Beide Faktoren wurden im Rahmen der klassischen Theorien erklärt und deuten das Zustandekommen einer Koalition mit der SPD, die sich sowohl bei den Ämtern als auch bei den Politikinhalten durchgesetzt hat. Unzureichend ist die Koalitionsforschung bisher vor allem im Bereich der persönlichen Faktoren, der individuell handelnden Akteure als auch im Bereich der Prozesse und Mechanismen. Dem Einfluss dieser

beiden Faktoren auf die Bildung von Koalitionen wird im folgenden Kapitel genauer nachgegangen.

# 4 Eine prozessorientierte Erklärung der Koalitionsbildung

Die Analyse der Koalitionsbildung in Thüringen anhand politikwissenschaftlicher Koalitionstheorien offenbart, dass die gängigen Faktoren die Koalitionsbildung in Thüringen nicht hinreichend erklären können. Daher soll an dieser Stelle die Phase zwischen der Landtagswahl und der Regierungsbildung nachgezeichnet werden und aufgezeigt werden, inwiefern der Verlauf dieser Phase die Koalitionsbildung beeinflusste.

## 4.1 Vom Wahlabend zur formalen Regierungsbildung

Die Landtagswahl in Thüringen endete mit dramatischen Verlusten für die CDU (-11,8 Prozent). Sie verlor damit nicht nur die absolute Mehrheit, die sie seit der Wahl zum dritten Thüringer Landtag im September 1999 innehatte, auch eine Koalition mit der FDP, die nach fast 15 Jahren wieder in den Landtag einzog, hätte keine Mehrheit gehabt. Diese Ausgangslage kann allerdings als wenig überraschend angesehen werden, da sie sich schon früh abzeichnete. CDU und FDP hatten in allen Wahlumfragen, die im Jahr 2009 durchgeführt wurden, keine Mehrheit erzielen können. Überraschend war einzig das Ausmaß des Stimmenrückgangs für die CDU, welche nach Wahlumfragen im August 2009 noch 37 (IfM Leipzig) bzw. 41 Prozent (TU Illmenau) der Stimmen erzielt hätten. Ministerpräsident Dieter Althaus hatte aufgrund des zu erwartenden Wahlergebnisses vor der Wahl angekündigt, offen für Gespräche mit allen demokratischen Parteien zu seien (TA vom 20.08.2009). Nach dem Verständnis der Unionspartei schloss sich somit eine Koalition mit der Linkspartei aus. Eine Dreierkonstellation aus CDU, FDP und Grünen, welche bereits vorab von den Grünen ausgeschlossen wurde, verfügte ebenfalls über keine Mehrheit an Sitzen. Demzufolge bestand die einzige Machtoption für die CDU in einem Bündnis mit der SPD.

Wenngleich die SPD wieder nur drittstärkste Kraft wurde, konnte sich ihr Spitzenkandidat Christoph Matschie als quasi Wahlgewinner fühlen. Die SPD befand sich nach der Wahl in der strategisch günstigen Position zwischen zwei Koalitionspartnern wählen zu können: Sowohl ein Bündnis mit der CDU als auch eine Rot-Rote Koalition hätten eine Mehrheit gehabt. Spitzenkandidat Matschie hatte im Wahlkampf angekündigt, das „System Althaus“ beenden zu wollen. Diese Aussage bekräftigte er abermals am Wahlabend (TA vom 23.02.2010). Althaus lud zwar Matschie zu „Gesprächen auf Augenhöhe und ohne Bedingungen“ ein, verkündete aber ebenfalls, trotz der starken Verluste für seine Partei, weiterhin Thüringischer Ministerpräsident bleiben zu wollen (TA vom 31.08.2009). Folglich schlug Matschie das Verhandlungsangebot von Althaus aus. Da die SPD auf den Rücktritt Althaus beharrte, zeichnete sich bereits am Wahlabend ab, dass eine Koalition aus CDU und SPD unter Führung von Dieter Althaus sehr unwahrscheinlich sein würde. Die ehemalige Thüringische Bundestagsabgeordnete Vera

Lengsfeld (CDU) forderte Althaus daraufhin auf, von seinem Amt zurückzutreten und somit den Weg für Verhandlungen von CDU und SPD freizumachen (Tagesspiegel vom 01.09.2009). Christine Lieberknecht, Thüringische Familienministerin und als mögliche Nachfolgerin Althaus gehandelt, stärkte Althaus hingegen demonstrativ den Rücken, indem sie klarstellte, dass dieser einen klaren Verhandlungsauftrag habe und die CDU geschlossen hinter ihm stehe (Die Zeit vom 01.09.2009). Trotz dessen wuchs der Druck auf Althaus weiterhin, nicht zuletzt, weil die SPD bereits einen Tag nach der Wahl, die ersten Sondierungsgespräche mit der Linken führte.

SPD und Linke kommen gemeinsam auf 45 von 88 Sitzen im Landtag und hätten somit eine knappe Mehrheit gehabt. Beide Parteien warben im Wahlkampf für einen Politikwechsel, nachdem die CDU seit der Wiedervereinigung ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellte. In zentralen Aspekten ihres Wahlprogramms wie der Forderung nach längerem gemeinsamem Lernen bis einschließlich Klassenstufe 8 oder der Umsetzung einer Verwaltungs- und Gebietsreform vertraten beide Parteien ähnliche bis identische Standpunkte (Wahlprogramm SPD: 6/15; Wahlprogramm Linke: 10/28). Ein Scheitern der Sondierungsgespräche aufgrund von inhaltlichen Differenzen wurde daher nicht erwartet. Programmatische Fragen gerieten mit dem Beginn der Sondierungsgespräche jedoch in den Hintergrund. Bereits vor der Wahl zeichnete sich ab, dass sich die Besetzung des Ministerpräsidentenamtes als Hauptstreitpunkt von Sondierungsgesprächen herausstellen werde. Die SPD hatte sich bereits im September 2007 per Vorstandsbeschluss verpflichtet, nur eine Koalition mit der Linken unter sozialdemokratischer Führung einzugehen. Dieser Beschluss wurde von dreiviertel der Mitglieder getragen (Focus Online vom 31.08.2009). Die Aussage Matschies am Wahlabend, dass ganz klar gelte, was vor der Wahl gesagt wurde (TA vom 31.08.2009), bezog sich neben der Entscheidung keine Koalition unter der Führung von Dieter Althaus einzugehen auch auf diesen Vorstandsbeschluss. Matschie band sich an diese Entscheidung und bezeichnete es als „Vertrauensbruch“, wenn er von dieser Festlegung abrücken würde (FW vom 02.09.2009). Obwohl die Linke ein um fast neun Prozentpunkte höheres Wahlergebnis als die SPD einfuhr, blieb Matschie auch vor den ersten Sondierungsgesprächen am 01.09.2009 bei seiner Ankündigung, keinen Abgeordneten der Linken zum Ministerpräsidenten zu wählen. Bodo Ramelow, Parteichef der Thüringer Linken, die abermals ihr Wahlergebnis verbessern konnten, beanspruchte wiederum als Spitzenkandidat der stärkeren Fraktion in einer Rot-Roten Regierung das Amt des Ministerpräsidenten für sich. Die Wahl Christoph Matschies zum Ministerpräsidenten schloss Ramelow aus.

Wenige Tage nach der Wahl gerieten die Verhandlungen über eine Regierungsbildung in eine äußerst verfahrene Lage. Die SPD hatte durch das Wahlergebnis die Position der „Königsmacherin“ inne, signalisierte aber keine Bereitschaft, Althaus oder Ramelow als Juniorpartner in einer Koalition zur Macht zu verhelfen. Obwohl die SPD nur drittstärkste Kraft im Land geworden war, bekräftigte Matschie noch am Wahlabend seinen Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten. Von Seiten der Linken, mit denen die SPD die ersten Sondierungsgespräche führte, wurde diese Forderung kategorisch abgelehnt. Schnell wurde

deutlich, dass die Koalitionsbildung in besonderer Weise von einer Einigung über die Besetzung des Amtes des Ministerpräsidenten abhängt. Da sowohl Althaus, als auch Matschie und Ramelow diesen Posten beanspruchten, befanden sich die Gespräche in einer festgefahrenen Situation. Ein hoher zeitlicher Druck herrschte zu diesem Zeitpunkt (Anfang September) noch nicht, da die erste konstituierende Sitzung erst auf den 29.09.2009 angesetzt worden war und es in der Verfassung (siehe Kapitel 2.2) keine zeitlichen Vorgaben zur Wahl des Ministerpräsidenten gab.

Der Druck auf den Ministerpräsidenten Dieter Althaus war seit dem für die CDU katastrophalem Wahlausgang immens gestiegen. Das schlechte Wahlergebnis ging infolge des Skiunfalls und seinem Umgang mit ebendiesem in den Medien mit massiv gesunkenen Popularitätswerten einher (Focus Online vom 01.09.2009). Verschärfend kam für ihn hinzu, dass der einzige mögliche Koalitionspartner SPD sich weigerte, in Verhandlungen mit der CDU zu treten, solange Althaus im Amt bliebe. Diese Haltung bestätigte der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider dem CDU Landtagsfraktionsvorsitzenden Mike Mohring in einem informellen Gespräch (TA vom 25.02.2010). Zeitgleich traf sich CDU Sozialministerin Christine Lieberknecht am 01.09.2009 mit dem Jenaer SPD-Bürgermeister Albrecht Schröter, ohne Althaus davon in Kenntnis zu setzen. So war der Kontakt Lieberknechts zur SPD an Althaus vorbei hergestellt.

Die festgefahrenen Gespräche zwischen SPD und Linken schienen zu diesem Zeitpunkt vor einer möglichen Wende zu stehen, da Ramelow der SPD den parteilosen Sprecher des Volksbegehrens „Mehr Demokratie“ Ralf-Uwe Beck als Kompromiss-Regierungschef vorgeschlagen hatte. Matschie lehnte dies zwar ab, jedoch zeigt der Vorstoß Ramelows, dass dieser ernsthaft nach Alternativen suchte, um die gegenseitige Blockade der beiden Parteivorsitzenden zu lösen. Des Weiteren kam hinzu, dass sich die CDU mitten im Bundestagswahlkampf befand und Bundeskanzlerin Merkel schwerlich zusammen mit einem angeschlagenen Ministerpräsidenten Althaus, dessen alleinige Präsenz die SPD in ein Bündnis mit der Linken hätte treiben können, ein erfolgreiches Bild im Wahlkampf hätte zeichnen können. Dies hatte zur Folge, dass nun auch Politiker aus der Bundespartei von Dieter Althaus abrückten und wie bereits Vera Lengsfeld offen den Rücktritt Althaus‘ forderten (TA vom 25.02.2010).

Die genannten Punkte führten in ihrer Gesamtheit dazu, dass Althaus, der zwar nach der Wahl noch beteuert hatte, Ministerpräsident bleiben zu wollen, sich dem Druck aus der SPD und seiner Partei beugte und am 03.09.2009 von seinen Ämtern als Ministerpräsident und Parteichef zurücktrat. Auch wenn dieser Schritt nicht überraschend war, traf er die Partei doch unvorbereitet, da der Rücktritt nicht zuvor mit der Parteiführung abgesprochen worden war. Laut Thüringischer Verfassung (Art. 75) führt der zurückgetretene Ministerpräsident bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten die Amtsgeschäfte weiter. Da dies von Althaus nicht deutlich kommuniziert wurde, kam es in den folgenden Tagen zu einigen Irritationen in den Medien und innerhalb der CDU. Als der Leiter der Staatskanzlei Klaus Zeh am 07. September verkündete, dass Althaus die Ministerrunde am folgenden Tag leiten werde, titelten die Nachrichtenagenturen schon vom „Rücktritt vom Rücktritt“ (u.a. SZ Online vom 08.09.2009).

Noch am gleichen Tag schlug Birgit Diezel, die als erste Stellvertretende CDU-Vorsitzende Althaus automatisch im Amt des Parteichefs folgte, Christine Lieberknecht für das Amt der Ministerpräsidentin vor und gab diese Information auch sogleich an die Presse. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Carius ließ daraufhin am 08.09. den CDU-Kreisvorsitzenden ein Schreiben zukommen, in dem er für eine Unterstützung Lieberknechts warb. Damit sollte der Öffentlichkeit demonstriert werden, dass die Partei geschlossen hinter der Kandidatur Lieberknechts steht. In einem Interview im Deutschlandradio erklärte Lieberknecht die Ära Althaus für beendet und fügte hinzu, die Verfassungslage sei "eindeutig auf Seiten von Dieter Althaus. Aber die Verfassungslage ist das eine, die politische Wahrnehmung ist das andere (Spiegel Online vom 08.09.2009)." Fraktionschef Mike Mohring und Parteigeschäftsführer Andreas Minschke wollten ursprünglich Althaus Vorgänger Bernhard Vogel in das Amt des Ministerpräsidenten bringen, sahen sich aber nach dem Vorstoß von Diezel und Carius gezwungen, die Kandidatur Lieberknechts zu unterstützen. Das Präsidium wählte Christine Lieberknecht am 08. September zur Kandidatin für den Posten der Regierungschefin und bestätigte Mike Mohring im Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Für die Koalitionsverhandlungen bedeutete Althaus' Rücktritt und die Wahl Lieberknechts eine wesentliche Veränderung der Verhandlungssituation. Die grundlegende Bedingung, welche die SPD der CDU für Sondierungsgespräche gestellt hatte, war durch den Rücktritt Althaus erfüllt worden. Birigt Diezel nutzte ihre durch den Rücktritt Althaus zugefallene Position als Parteichefin, um Christine Lieberknecht für das Amt der Ministerpräsidentin vorzuschlagen. Da sie dies unmittelbar nach Lieberknechts Zustimmung an die Presse weitergab, verhinderte sie, dass sich die in ihre Entscheidung nicht eingeweihten innerparteilichen Konkurrenten einer Kandidatur Lieberknechts entgegenstellten. Bereits zwei Tage nach Althaus Rücktritt – also noch vor der Nominierung Lieberknechts – wurden die ersten Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD geführt. Auf Seiten der CDU wurden diese von Birgit Diezel und Christine Lieberknecht, die als Wunschkandidatin der SPD für das Ministerpräsidentenamt (Welt Online vom 04.09.2009) galt, geleitet. Eine Koalition aus CDU und SPD schien unter Lieberknecht allemal wahrscheinlicher als ein Bündnis mit einer CDU, die von den ehemaligen Weggefährten Althaus angeführt wurde. Einem Umstand, dem sich auch viele Kräfte in der CDU bewusst waren und der die breite Unterstützung für Christine Lieberknecht mit erklärt.

Beide Parteien lobten die guten Gespräche, wenn auch von Seiten der SPD betont wurde, dass man noch weiter mit Linken und Grünen verhandeln werde und erst danach eine Entscheidung darüber fallen werde, mit wem die SPD eine Koalition bilde. Da die SPD zeitgleich Sondierungsgespräche einerseits mit Linken und Grünen und andererseits mit der CDU führte, konnte sie beide Seiten gegeneinander ausspielen. Die CDU hatte außer in einem Bündnis mit der SPD keine weitere Machtoption und musste sich gesprächsbereit zeigen. Die zentrale Machtposition der SPD in den Verhandlungen lässt sich an Details wie der Tatsache ablesen, dass die SPD Zeit und Ort der ersten Sondierung mit der CDU bestimmte, obwohl den

Christdemokraten als größere Fraktion das formale Einladungsrecht zustand. Zeitgleich kam aber auch Bewegung in die Sondierungsgespräche mit der Linken.

SPD und Linke einigten sich noch während ihrer ersten Sondierungsgespräche darauf, die Grünen zu weiteren Verhandlungen einzuladen. Dieser Schritt ist insofern bemerkenswert, da SPD und Linke mit 45 von 88 Sitzen ja eigentlich schon um eine knappe Mehrheit verfügten und somit nicht auf die Grünen angewiesen waren. Dieter Althaus regierte zuvor fünf Jahre lang mit der gleichen knappen Sitzmehrheit. Aufgrund des schwierigen Verhältnisses zwischen SPD und Linken konnten die Verhandlungsführer beider Parteien jedoch nicht darauf vertrauen, dass alle Abgeordneten bei Abstimmungen dem Parteivotum folgten. Die sechs Abgeordneten der Grünen hätten eine Regierungskoalition auf ein breiteres Fundament gestellt, in der auch einige wenige Abweichler nicht die Regierungsmehrheit gefährdet hätten. Zudem erhoffte man sich, dass die Grünen einen Beitrag zum Abbau der verhärteten Fronten zwischen Ramelow und Matschie leisten könnten (Spiegel Online vom 05.09.2009).

Die Grünen nahmen die Einladung zwar an, verdeutlichten aber ebenso, dass sie nach Aussagen von Parteichefin Astrid Rothe-Beinlich nicht dazu bereit wären, als bloße „Lückenbüßer für Wackelkandidaten“ zu fungieren (FW vom 05.09.2009). Eine mögliche Regierungsbeteiligung ließen die Grünen offen. Insbesondere die Berliner Parteiführung der Grünen sah eine Regierungsbeteiligung äußerst kritisch und Teile der Parteispitze sprachen sich sogar deutlich dagegen aus (TA vom 10.09.2009). Die Grünen nahmen in diesen Tagen eine auffallend zögerliche Haltung ein, wohingegen Bodo Ramelow auf den baldigen Beginn von Koalitionsverhandlungen drängte (NP vom 09.09.2009).

Durch Althaus Rücktritt erhöhte sich der Druck auf Ramelow und die Linke, da nun das Haupthindernis für gemeinsame Gespräche von SPD und CDU beseitigt worden war. Ramelow reagierte darauf, indem er ankündigte, ohne Vorbedingungen in die Gespräche zu gehen. Dies schloss eine neue Diskussion um die Besetzung des Postens des Ministerpräsidenten ein. Ramelow regte die Wahl einer dritten Person an (Focus Online vom 04.09.2009). Nachdem bereits der Name Ralf-Uwe Beck kolportiert wurde, wurde nun Gesine Schwan vielerorts als mögliche Kandidatin für das Amt der Regierungschefin gehandelt (Spiegel Online vom 18.09.2009). Nach Aussagen Ramelows sollten SPD, Grüne und Linke jeweils einen gleichberechtigten Vorschlag für das Ministerpräsidentenamt abgeben dürfen. Ramelow wollte so die Sondierungsgespräche über die Bildung einer Rot-Rot-Grünen Regierung, dessen Bildung auch eine Signalwirkung außerhalb Thüringens gehabt hätte, retten.

Nachdem die ersten Gespräche zwischen SPD und CDU betont positiv verlaufen waren, versuchte Ramelow durch sein Entgegenkommen, Druck auf Matschie auszuüben, von dem er einen Schwenk in Richtung einer Schwarz-Roten Koalition erwartet wurde (FAZ.net vom 03.09.2009). Innerhalb der SPD gab es eine bedeutende Anzahl von Personen, die einem Rot-Rot-Grünen Bündnis zuneigten und von einer Koalition mit der CDU erst überzeugt werden

mussten. Diese Teile der SPD für ein Bündnis mit der CDU zu gewinnen, war durch das Entgegenkommen Ramelows weitaus schwieriger geworden.

Die SPD begrüßte zwar, dass Ramelow von der Bedingung abrückte in einer gemeinsamen Koalition Ministerpräsident zu werden, jedoch lehnten sie seinen Vorschlag, einen dritten Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu wählen, ab. Stattdessen forderte die SPD weiterhin, dass in einer Rot-Rot-Grünen Koalition Christoph Matschie Regierungschef werden müsse. Von dieser Position rückte die SPD auch nicht ab, als Ramelow am 17.09. wiederholt ausdrücklich erklärte, auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten und sogar die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten nicht ausschloss, sofern es sich nicht um Christoph Matschie handele (FW vom 18.09.2009 a). Ramelow wollte mit seinem erklärten Verzicht auch ein Signal an die Grünen senden, die tags darauf entschieden, in offizielle Sondierungsgespräche mit Linken und SPD einzutreten. Der Verzicht Ramelows war an die Bedingung gekoppelt, sich auf eine dritte Person für das Ministerpräsidentenamt zu einigen.

Ramelows Vorstoß wurde von Teilen der Linken scharf kritisiert. Führende Parteifreunde wie Gregor Gysi und Oskar Lafontaine teilten Ramelows Entschluss nicht, als Spitzenkandidat der größten Fraktion freiwillig auf den Posten des Regierungschefs zu verzichten (FR vom 18.9.2009). Ramelow befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem Dilemma: Matschie ging nicht auf Ramelows Kompromissvorschläge ein und bestand weiterhin darauf, in einer Rot-Rot-Grünen Koalition Ministerpräsident zu werden. Selbst wenn Ramelow bereit gewesen wäre, Matschie als Regierungschef zu akzeptieren, hätte er dies schwerlich gegenüber seiner eigenen Partei durchsetzen können. Ramelow erklärte zudem im Nachhinein, dass Matschie und er den Weg des Verzichts beide hätten gehen müssen, um beide ihr Gesicht zu wahren (Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010).

Ramelow ist mit seinem Amtsverzicht und seiner Erwägung, unter Umständen selbst einen Kandidaten mit SPD-Parteibuch zu wählen, soweit es irgend möglich war, der SPD entgegengekommen. Wäre Matschie auf Ramelows Angebot eingegangen, hätte dies faktisch für ihn bedeutet, dass er in einer Regierung unter einem anderen Ministerpräsidenten wohl hinter Ramelow nur die drittwichtigste Person im Kabinett. Das angespannte Verhältnis von Matschie und Ramelow, welches sich während der Sondierungsgespräche noch weiter verschlechterte, ließ einen Posten für Matschie unter einem Vize-Regierungschef Ramelow kaum als attraktive Perspektive erscheinen. Die zeitgleichen Gespräche mit der CDU, die von starker Kompromissbereitschaft der CDU in wichtigen inhaltlichen Themenbereichen wie etwa der Bildungspolitik geprägt waren, ließen die CDU für Matschie zunehmend als attraktiverer Koalitionspartner erscheinen. In einer schwarz-roten Regierung winkte Matschie der Posten als Vize-Regierungschef unter einer Ministerpräsidentin, zu der er - nicht zuletzt wegen der biographischen Gemeinsamkeiten - ein weitaus besseres Verhältnis hatte als zu Bodo Ramelow.

Die Gespräche um Rot-Rot-Grün wurden auf der anderen Seite immer wieder von Konflikten zwischen den sondierenden Parteien überschattet. Am 26. September drohten Grüne und SPD gar, die Gespräche endgültig abzubrechen, sofern die Abgeordnete der Linken Ina Leukefeld, die aufgrund ihrer Vergangenheit als IM der Stasi in die Kritik geraten war, nicht von den Verhandlungen ausgeschlossen werde. Tags zuvor wurde bereits der Ausstieg der Linken aus den Verhandlungen lanciert, was sich aber letzten Endes als Falschmeldung entpuppte (MDR.de vom 25.09.2009). Zudem sorgte der Versuch einiger Politiker des linken Flügels der SPD und der Linken, Gesine Schwan als mögliche Kandidatin für das Ministerpräsidentenamt zu gewinnen für weitere Unruhe in den Gesprächen. SPD Landesgeschäftsführer bezeichnete diesen Vorfall als „eklatanten Vertrauensbruch" und fügte hinzu, dass „auf einer solchen Basis keine weiteren Gespräche möglich wären" (Focus Online vom 26.09.2009).

Auch in inhaltlichen Fragen herrschte zwischen den Parteien zunehmend Uneinigkeit. In einem Positionspapier formulierte Ramelow den bundespolitischen Kurs einer künftigen Regierung mit Beteiligung der Linken. In diesem Papier forderte seine Partei unter anderem die Abkehr von politischer Projekten wie Hartz IV und der Schuldenbremse, welche von der SPD in Berlin mit durchgesetzt wurden. Gerade bei Fragen, die über die Landespolitik hinausgingen, sahen Vertreter der SPD ein hohes Konfliktpotential in einer Linkskoalition. Im Bundesrat hätte die Linke womöglich über außen- und europapolitische Fragen mitentscheiden können, in denen die Partei konträre Positionen zur SPD vertritt (Interview mit Dietmar Herz vom 23.08.2010). Ein Zusammenkommen der drei Parteien schien zu diesem Zeitpunkt kaum noch vorstellbar.

Nichtsdestoweniger wurden, nachdem Union und FDP am 27.09. bei den Bundestagswahlen die Mehrheit der Stimmen erlangte, wieder Forderungen nach der Bildung einer Rot-Rot-Grünen Regierung als linkes Gegengewicht zur Politik auf Bundesebene lauter. Andreas Bausewein, Erfurter Oberbürgermeister, verwies bei seiner Forderung nach einer Rot-Rot-Grünen Regierung auf das Ergebnis der Bundestagswahl, die gezeigt habe, dass eine Koalition mit der CDU der SPD letztendlich schade (MDR.de vom 29.09.2009). Christoph Matschie, dessen weiterer Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt nach dem Verzicht Ramelows als größtes Hindernis für die Bildung einer Rot-Rot-Grünen Koalition gesehen werden musste, erklärte überraschenderweise am 29.09. doch, dass er nicht mehr auf das Amt bestehe (Welt Online vom 30.09.2009). Dies war allerdings mit der Bedingung verknüpft, dass allein die SPD einen Kandidaten vorschlagen dürfe, den die anderen beiden Parteien akzeptieren müssten. Da Matschie nicht bereit war anzugeben, um welchen Kandidaten es sich handelte, lehnten Linke und Grüne diesen Vorschlag ab (TA vom 30.09.2009). Somit waren die Gespräche um ein Linksbündnis gescheitert und die SPD entschied sich in der Nacht zum 01. Oktober mit einer Mehrheit von 18 zu 6 Stimmen, Koalitionsverhandlungen mit der CDU zu führen.

Auch wenn die SPD die Frage nach dem Koalitionspartner lange offen ließ, hatte sich die Entscheidung für eine schwarz-rote Koalition im Verlaufe des Septembers als weitaus wahrscheinlichere Alternative herauskristallisiert. Die Gespräche von SPD, Linken und Grünen

waren laut Medienberichten von „Schlechter Stimmung“ (MDR.de vom 23.09.2009), einer Betonung personalpolitischer Uneinigkeit und auch inhaltlichen Differenzen geprägt, wohingegen bei den Verhandlungen von CDU und SPD zumeist die Annäherung beider Parteien in wichtigen politischen Fragen im Vordergrund stand (Welt Online vom 10.09.2009). In Bereichen, in denen zwischen beiden Parteien über Jahre keine Einigkeit erzielt werden konnten, arbeiteten sie nun zusammen. So erarbeitete die CDU-Fraktion in Abstimmung mit der SPD einen Antrag, in dem ein Landesprogramm gegen Extremismus und ein NPD-Verbot gefordert wurde (TA vom 24.09.2009). Trotzdem dauerte es bis zum 30. September bis sich die SPD entschloss, Koalitionsgespräche mit der CDU zu führen. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass die SPD die Sondierungsgespräche um eine Woche ausgesetzt hatte, weil Staatssekretär Matthias Machnig ausgerechnet während der Sondierungsphase in die USA flog. Den verhandelten Parteien wurde so von Politikern wie dem FDP-Fraktionschef Uwe Barth, ein Verschleppen der Gespräche vorgeworfen (TA vom 17.09.2009). Diese Verzögerungstaktik konnte auf die anstehenden Bundestagswahlen am 27.09.2009 zurückgeführt werden. Die SPD wollte damit verhindern, dass ihre Konkurrenten auf Bundesebene, ein Linksbündnis oder die Bildung einer Koalition mit der CDU im Wahlkampf ausschlachten und somit der Bundespartei schaden könnten.

Die CDU signalisierte der SPD während der Sondierungsrunden der Partei in einigen inhaltlichen Fragen weit entgegenzukommen. So verständigte man sich bereits vor Beginn der Koalitionsverhandlungen auf den Ausbau erneuerbarer Energien, der Erarbeitung eines Leitbildes für das Kulturland Thüringen und auf die Umsetzung eines Volksbegehrens zur Familienpolitik, in welchem 2000 neue Erzieherstellen für Kindereinrichtungen gefordert wurden (taz.de vom 01.10.2009). Dennoch war Matschies Schritt, Koalitionsverhandlungen mit der CDU aufzunehmen und sich somit gegen ein Linksbündnis zu entscheiden, innerparteilich heftig umstritten. Teile der SPD-Basis initiierten unter Führung des Erfurter SPD-Oberbürgermeisters Andreas Bausewein eine Basiskonferenz, auf der per Mitgliederentscheid der Entschluss des Parteivorstandes, Koalitionsverhandlungen mit der CDU zu führen, gekippt werden sollte. Obwohl genug Unterschriften (510 bei erforderlichen 450) für einen Mitgliederentscheid gesammelt werden konnten, war eine solche Abstimmung über die Koalitionsverhandlungen in der geringen Zeit, die bis zur Konstituierung der Regierung verblieb, nicht mehr durchführbar. Laut Organisationsstatut der SPD müsste dafür zunächst ein Mitgliederbegehren auf den Weg gebracht werden, was bis zu drei Monate andauern würde (§ 13 Abs. 3 Organisationsstatut SPD 2009).

Nachdem am 07. Oktober die Koalitionsgespräche begonnen hatten, sollten jedoch bereits am 24. bzw. 25. desselben Monats die Parteitage über den Koalitionsvertrag beraten. Nach der relativ langen Sondierungsphase sollten die Koalitionsgespräche nun schnell zu Ende geführt werden. Auch wenn ein großer Teil der Parteibasis einer Linkskoalition zuneigte, konnte diese die Entscheidung des Parteivorstandes aufgrund des straffen Zeitplans nicht mehr kippen. Folglich konnte die Basisversammlung die Schwarz-Roten Koalitionsverhandlungen nicht mehr

stoppen. Trotz alledem konnte sich der Parteivorstand um Christoph Matschie nicht über den Willen der Partei hinwegsetzen, da diese dem Koalitionsvertrag auf dem Parteitag noch zustimmen musste, bevor dieser in Kraft treten konnte. Letztlich schaffte es die Parteispitze der SPD den Großteil ihrer Partei doch noch für ein Schwarz/Rotes Bündnis zu gewinnen. Um parteiinterne Kritiker besser integrieren zu können, wurde extra die Wahl des Landesvorstands auf den 25. Oktober vorgezogen. Auf dem Parteitag der SPD stimmten am 24.10.2009 148 von 199 Delegierten für ein Koalition mit der CDU; die Delegierten der CDU votierten auf ihrem Parteitag sogar einstimmig für den Vertrag. Delegierte wie der Juso-Vorsitzende Peter Metz, welche die Koalitionsverhandlungen mit der CDU zunächst strikt ablehnten, stimmten dem Koalitionsvertrag, der bereits am 19.10.2009 fertig gestellt wurde, schließlich doch zu. Dies wurde mit der „klaren sozialdemokratischen Handschrift", die der Vertrag trage erklärt (MDR.de vom 21.10.2009). Tatsächlich konnte die SPD einige Forderungen aus ihrem Wahlprogramm, die einst konträr zu CDU-Positionen standen, durchsetzen. So wurde etwa die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags an Universitäten und die Wiedereinführung der Bürgermeisterstichwahl beschlossen. Andererseits konnte sie sich beim umstrittensten Thema der Koalitionsverhandlungen, der von der SPD geforderten Verwaltungs- und Gebietsreform nicht durchsetzen. Auch in der Schulpolitik, die im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielte, konnte die SPD mit der Einführung von wenigen Modellprojekten für ein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 8 letztlich nur Teilerfolge erringen. Nachdem der Vertrag von den Koalitionspartnern am 27.10. unterzeichnet wurde, erfolgte drei Tage später die Wahl der Ministerpräsidentin.

Christine Lieberknecht verpasste in den ersten beiden Wahlgängen die erforderliche absolute Mehrheit von 45 Stimmen, da sie aus der Koalition nur 44 von 48 Stimmen erhielt. Im dritten Wahlgang, in der eine einfache Mehrheit genügte, trat Bodo Ramelow als Gegenkandidat an. Auf Lieberknecht vielen nun 55, auf Ramelow 27 Stimmen. FDP Fraktionsvorsitzender Uwe Barth kommentierte die Unterstützung Lieberknechts durch seine Fraktion mit den Worten „Wir hatten die Wahl zwischen einem Kommunisten und einer Demokratin - da wussten wir, was wir zu tun haben" (TA vom 31.10.2009). Welche vier Abgeordnete Lieberknecht in den ersten beiden Wahlgängen ihre Stimme verweigerten wird sich wohl nie eindeutig klären lassen, es ist aber wahrscheinlich, dass die Abweichler aus dem CDU-Lager der Althaus-Vertrauten stammen, von denen keiner mehr im neuen Kabinett vertreten ist.

Vor Beginn der Koalitionsverhandlungen wurde bereits in den Medien berichtet, dass der SPD, obwohl sie bei den Wahlen um mehr als zwölf Prozentpunkte hinter der CDU lag, vier (Bildung, Wirtschaft, Soziales, Justiz) der acht Ministerien zufallen würden (TA vom 01.10.2009). Dies zeigt, dass die SPD die große Anzahl an Ministerien bereits während der Sondierungsgespräche durchgesetzt hatte. Aus der Fraktion der Grünen kam nach den gescheiterten Gesprächen der Vorwurf, dass Matschie die Gespräche um Rot-Rot-Grün nur führte, um „den Preis für das anstehende Treffen mit der Union hochzutreiben (TA vom 01.10.2009)." Ramelow bezeichnete seine Partei im Nachhinein als „Verhandlungsmasse" der SPD für die Gespräche mit der CDU, um dort eine größere Zahl an Ministerposten durchzusetzen (Interview mit Bodo Ramelow vom

23.08.2010). Trotz der sichtbaren Enttäuschung beider Parteien über die gescheiterten Gespräche, sprachen sie sich dennoch weiter für die Bildung einer Rot-Rot-Grünen Regierung aus (TA vom 07.10.2009). Mit diesen Äußerungen konnten die beiden Parteien zwar den SPD-Parteivorstand weiter unter Druck setzen, aber letztlich die Bildung einer Schwarz-Roten Regierung nicht mehr verhindern.

In den Koalitionsverhandlungen konnte die SPD einige sozialdemokratische Anliegen durchsetzen. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass in einer Rot-Rot-Grünen Koalition weit mehr aus dem SPD Wahlprogramm verwirklicht worden wäre, da sowohl Linke als auch Grüne in wichtigen Themen wie dem Mindestlohn, eine flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule oder der Umsetzung einer Gebietsreform ähnliche bis identische Vorstellungen vertraten wie die SPD. Die Ablehnung einer Linkskoalition seitens der SPD war folglich nicht auf Differenzen in inhaltlichen Fragen zurückzuführen. Entscheidend für das Scheitern der Rot-Rot-Grünen Gespräche war der Umstand, dass es den sondierenden Parteien und hierbei insbesondere Ramelow und Matschie nie gelang, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Matschie betonte vor dem Beginn der Koalitionsverhandlungen, dass ein Linksbündnis zwar die wünschenswertere Option gewesen wäre, dies aber nicht zu verantworten gewesen wäre (taz vom 01.10.2009).

Den drei Parteien gelang es in der Sondierungsphase nie, ihr Hauptaugenmerk auf ihre inhaltlichen Gemeinsamkeiten zu lenken, die ein Fundament für ein Zusammenkommen hätten bilden können. Stattdessen stand immer die Frage nach der Besetzung des Ministerpräsidentenpostens an erster Stelle. Auch wenn Matschie und seine Partei die Gespräche mit Linken und Grünen ernsthaft führten, lässt sich dennoch feststellen, dass es ihm ebenso gelang diese Verhandlungen zu instrumentalisieren, um die CDU unter Druck zu setzen. Der Umstand, dass der SPD im Gegensatz zur CDU eine zweite Machtoption zur Verfügung stand, führte dazu, dass die SPD eine unverhältnismäßig hohe Anzahl an Ministerposten zugeschlagen bekam und auch im Koalitionsvertrag einige Forderungen durchsetzen konnte. Linke und CDU waren gezwungen, der SPD Zugeständnisse zu machen, um ihre Machtoption zu wahren. So beeinflussten Ereignisse in der CDU und der Linken sich gegenseitig und wirkten sich zumeist positiv für die Verhandlungsposition der SPD aus. Die Entscheidung der SPD zunächst nur mit der Linken zu sondieren, erhöhte den Druck auf Althaus und beschleunigte seinen Rücktritt.

Der Rücktritt von Althaus führte wiederum dazu, dass sich die Linke gesprächsbereiter zeigen musste, was letztlich in Ramelows Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten mündete. Die immerwährende Möglichkeit der SPD doch noch ein Linksbündnis einzugehen, führte dazu, dass die CDU noch vor Beginn der Koalitionsgespräche der SPD einige Zugeständnisse in inhaltlichen Fragen machte und der SPD sogar die Hälfte der Ministerien überließ. Trotz Matschies Beteuerungen eine Linkskoalition wirklich zustande bringen zu wollen, drängt sich bei der näheren Betrachtung des Verlaufs der Sondierungsgespräche der Vorwurf auf, dass Matschie die Gespräche mit Linken und Grünen bewusst habe scheitern lassen. Obwohl Ramelow gegen den

Widerstand von Teilen seiner Partei Matschie weit entgegenkam, rückte dieser nicht von seiner Maximalforderung, nach der einzig er Ministerpräsident einer Linkskoalition werden dürfe, ab. Sein sehr später Verzicht auf den Posten geschah wohl lediglich aus taktischen Gründen, weil er selbst nicht als Hauptgrund für das Scheitern der Sondierungsgespräche erscheinen wollte. Er koppelte seinen Verzicht an die Forderung, dass einzig die SPD einen Regierungschef vorschlagen dürfe, dem Grüne und Linke zustimmen mussten. Dass die beiden Parteien diese Forderung nicht erfüllen konnten, hat Matschie dabei bewusst in Kauf genommen.

## 4.2 Prozesse und Mechanismen

### 4.2.1 Interpersonale Faktoren: Vertrauen

Dieser Abschnitt beschäftigt sich nun mit Faktoren, die in den gängigen Werken der Koalitionstheorie meist keine besondere Beachtung finden. Dennoch ist anzunehmen, dass es sich bei diesen „blinden Flecken" insbesondere für den Fall der Landtagswahl in Thüringen 2009 um ausschlaggebende Größen für den Koalitionsbildungsprozess handelt. Diese Annahme drängt sich bereits nach einer ersten Durchsicht der Berichterstattung im Rahmen der Landtagswahl auf. Auffällig ist dabei die starke Fokussierung auf die jeweiligen Spitzenkandidaten der Landesparteien.

Auch in der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion lassen sich Ansätze erkennen, die diese Annahme untermauern. Denn insbesondere verhandlungstheoretische Ansätze benennen ein Set von Faktoren, welche für das Gelingen von Verhandlungen verantwortlich sein können (vgl. Grasselt/Korte 2007). Zu diesen zählen auch Personen. Sie können den entscheidenden Unterschied ausmachen:

„Es ist dann weniger die Logik von Lagern oder Problemen, die zu einer potentiellen Koalition führt, sondern das personale Arrangement der Spitzenakteure. Dabei dreht es sich nicht um Grade von Sympathiewogen. Vielmehr stehen die zentralen politischen Ressourcen im Zentrum: Vertrauen, Verlässlichkeit, Wertschätzung, Integrität, Respekt" (Korte 2010: 29f.)

In der Konsequenz bedeutet dies, dass Verhandlungsspielräume auch während Koalitionsbildungsprozessen entscheidend mit Personen verbunden sein können und jene „Räume" dadurch entweder erweitert oder aber auch verengt werden (ebd.). Eindeutige Hinweise dafür, dass Vertrauen eine entscheidende Größe bei Verhandlungen ist, gibt auch Bodo Ramelow. Auf die Frage, welche Rolle Vertrauen bei Sondierungs- und Koalitionsgesprächen spiele und ob ohne jenes eine Koalitionsbildung überhaupt möglich sei, ist Ramelows Antwort eindeutig: „Ohne Vertrauen geht gar nichts" (Interview mit Bodo Ramelow vom 28.08.2010). Darauf basierend wird nun die These aufgestellt, dass interpersonale Faktoren, wie das Vertrauen zu einander, letztlich zur Koalitionsbildung zwischen der CDU und der SPD in Thüringen geführt haben. Im Folgenden ist dies zu belegen.

Das schwierige Verhältnis zwischen Christoph Matschie und Bodo Ramelow zeigte sich bereits während des Wahlkampfes. Beide äußerten sich gegenüber der Presse oft sehr negativ und emotional geleitet über den Anderen. Es fand ein harter Schlagabtausch zwischen den beiden Spitzenkandidaten der wichtigsten Oppositionsparteien statt. „Da schimpft Ramelow, der SPD-Landesvorsitzende sei doch ‚gar nicht politikfähig'. Und Matschie schießt umgehend zurück, der Linke-Politiker habe wohl ‚völlig die Nerven verloren' (SZ vom 21.08.2010)." Weiter hieß es von Ramelow „Wir sind der Koch, die SPD der Kellner (SZ vom 19.08.2009)." Der Umgangston änderte sich auch im Anschluss an die Landtagswahl nicht. Diesen Zustand thematisierten auch die Medien. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung heißt es: „Nun überziehen sich Linkspartei und SPD die angeblich so weitgehend übereinstimmen, mit Vorwürfen gegen den jeweils anderen Spitzenkandidaten. (…). Wenn das Spitzenpersonal der einen das Spitzenpersonal der anderen Partei für eine Zumutung hält, wie weit reichen dann die inhaltlichen Übereinstimmungen (FAZ vom 26.09.2009)?" Mit dem Eintritt in die große Koalition wird deutlich, dass die inhaltlichen Übereinstimmungen der damaligen Oppositionsparteien SPD und Linke letztlich nicht ausreichten, um ein Regierungsbündnis einzugehen.

Seine Entscheidung für ein Bündnis mit der CDU begründete Christoph Matchie mit zweierlei Argumenten: „In einer Koalition mit der CDU sei ‚mehr Stabilität möglich', sagte Matschie. In den Sondierungen mit Linken und Grünen sei es schwer gewesen, Vertrauen zu entwickeln (Spiegel Online 2009)." Auch als der SPD-Spitzenmann vor seiner Parteibasis die angestrebte Koalition mit der CDU erklären muss, zieht er diesen Mangel an Vertrauen gegenüber der Partei die Linke und ihrem Spitzenkandidaten als entscheidenden Faktor heran. „Er [Christoph Matschie, A.-C.B.] verteidigte erneut die Entscheidung für eine schwarz-rote Koalition. Mit den Linken um ihren Spitzenkandidaten Bodo Ramelow habe kein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden können. Sie habe von Beginn an versucht, die SPD am Nasenring über die politische Bühne zu ziehen', sagte Matschie unter Buhrufen (FW vom 10.10.2009)." Auch das Ringen zwischen SPD und der Linken um den Posten des Ministerpräsidenten muss berücksichtigt werden. Der vermeintlich geheime Vorstoß von Bodo Ramelow in Richtung Gesine Schwan, wurde zumindest von Christoph Matschie als ein weiterer Vertrauensbruch gewertet (vgl. TA vom 2.20.2009). Diesen Vorgang stellt Bodo Ramelow hingegen anders da. Die Gespräche mit Gesine Schwan seien auf die Initiative des linken Parteiflügels der SPD geführt worden, welche dann wiederum mit ihm und seinem politischen Kontrahenten Kontakt aufgenommen habe (vgl. Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2010).

Diese Aussagen bestätigen die eingangs aufgestellte These. Die im Herbst 2009 eingegangene Koalition in Thüringen ist ohne den Faktor Vertrauen sonst nicht ausreichend erklärbar. Zwar deuten die breit angelegten Sondierungsgespräche zunächst darauf hin, dass prinzipiell verschiedene Optionen möglich gewesen wären: „Für die neue bunte Republik bedeutet das Thüringer Exempel: Prinzipiell kann zwar jetzt jeder mit jedem, Rot mit Rot, Schwarz mit Grün. Umso mehr zählt deshalb die persönliche Chemie (Wendt/Opitz 2009: 38)." Diese ist augenscheinlich zwischen Christoph Matschie und Christine Lieberknecht vorhanden. Jene

Sympathien wurden auch von Bodo Ramelow während der Gespräche wahrgenommen. Es sei nach seiner Aussage nie wirklich um die Frage gegangen, wer den Ministerpräsidenten in einem Dreierbündnis zwischen SPD, Linke und den Grünen stellen würde, sondern „[e]s ging immer darum, dass Christoph Matschie eine größere Affinität zu Christine Lieberknecht hatte (Interview mit Bodo Ramelow vom 23.08.2009)."

Die Medien thematisierten im Zuge der Koalitions- und Regierungsbildung in Thüringen insbesondere die biografischen Gemeinsamkeiten zwischen dem Spitzenkandidaten der SPD und späteren Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht. Beide kommen aus einem protestantischen Elternhaus. Christoph Matschies Vater war Pfarrer, dem Spitzenkandidaten wurde in der ehemaligen DDR drei Mal der Zugang zum Studium verweigert, weil er sich in der kirchlichen Friedensbewegung engagierte und ein Protestschreiben gegen die Stationierung russischer Atomraketen an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker unterzeichnete (FAZ vom 15.08.2010). Später studierte er dann Theologie. Christine Lieberknecht kommt ebenfalls aus einem evangelischen Pfarrhaus. Sie studierte ebenfalls Theologie, weil sie sich eine Tätigkeit als Lehrerin im DDR-Schulsystem nicht vorstellen konnte (FAZ vom 09.09.09). „Frau Lieberknecht ging in die CDU, als die noch eine Blockpartei war. Ihr wurde daraus aber nie ein Strick gedreht, denn 1989 war sie eine der vier Unterzeichner des ‚Briefes von Weimar'. Was sich heute wie die Forderung nach der Reform des Sozialismus liest, galt damals als Heldentat (ebd.)." Beide stammen gebürtig aus Thüringen und sind in dem System der DDR aufgewachsen. Die Variable „Protestantismus" kann jedoch nicht hinreichend als Erklärung für das Eingehen einer großen Koalition heran gezogen werden. Auch Bodo Ramelow ist praktizierender Protestant. Er selbst kommt allerdings aus dem Westen Deutschlands und ist erst nach der Wiedervereinigung nach Thüringen gekommen. Mit Widerständen und persönlichen Rückschlägen durch die DDR-Diktatur hatte er folglich nicht zu kämpfen.

Dass Religion sicherlich unterschwellig eine Bedeutung gespielt hat, bestätigt auch Sergej Lochthofen. Dieser Faktor sei aber nicht der ausschlaggebende gewesen (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.2010). Er führt vor allem charakterliche Eigenschaften an, die die Sympathie und eine größere Affinität zwischen der Ministerpräsidentin und dem Thüringer SPD-Vorsitzenden begründen:

„Da muss man die Gesamtperson Matschie kennen, auch sein Temperament, seine persönliche Entwicklung. Er ist ein eher stiller Mann, bedingt durch die Wende vor zwanzig Jahren in die Politik gekommen (…). Er ist vom Temperament her, auch sicherlich aus der eigenen, subjektiven Sicht, Ramelow nicht gewachsen. Ramelow ist umtriebiger, schneller, innovativer (ebd.)."

Dieser Koalitionskontext gründet sich primär „auf Personen, die sich trauen und deshalb eine gemeinsame politische Zukunft anstreben (Korte 2010: 30)." Bodo Ramelow beschreibt seinen Eindruck der Sondierungsgespräche wie folgt: „Ich hatte nicht den Glauben, dass die Gespräche – als sie begannen – eine Aussicht auf Erfolg hatten. (…). Das Gefühl zu haben, einfach nur als Schauspiel missbraucht zu werden, ist nicht schön (Interview mit Bodo Ramelow vom

23.08.2010)." Diese Äußerungen belegen auch ein Jahr nach den Gesprächen, dass er Christoph Matschie bereits damals kritisch gegenüberstand. Ein vertrauensvolles Verhältnis verbindet die beiden Kontrahenten nicht.

Im Hinblick auf das Wahlergebnis und die Forderung der SPD nach einem Politikwechsel und einer Ablösung der CDU-Regierung als ein zentrales Thema ihres Wahlkampfes hätte man von dem Zustandekommen einer Rot-Rot-Grünen Koalition in Thüringen ausgehen können, so der Journalist Lochthofen. Dann wäre wahrscheinlich „ein anderes Resultat herausgekommen als wenn Menschen, die tatsächlich durchs Miteinander handeln, subjektiv etwas bewerten (…). Es ist keine objektive Entscheidung, sondern eine subjektive die in erster Linie zu dieser Koalition geführt hat (Interview mit Sergej Lochthofen vom 28.08.2010)." Darüber hinaus bemerkt Lochthofen: „Im Großen und Ganzen sind wir [die Thüringer Allgemeine Zeitung, A.-C. B.] fest davon ausgegangen, noch bevor die Gespräche begonnen haben, dass die SPD sich schon entschieden hatte (ebd.)." Diese Beurteilung, die viel mit dem SPD-Parteivorsitzenden zusammenhängt, ist nur zu verstehen, wenn man die Person Christoph Matschie auch im Kontext seiner eigenen Partei betrachtet.

#### 4.2.2 Innerparteiliche Dynamiken

Für das Fallbeispiel Thüringen reicht es nicht aus, lediglich die Koalitionsbildung im Hinblick auf die Spitzenkandidaten zu untersuchen. Im Gegenteil, gerade die innerparteilichen Dynamiken im Vorfeld der Landtagswahl als auch während der Sondierungs- und Koalitionsgespräche müssen beachtet werden. Zum einen um das Standing eines Kandidaten innerhalb seines eigenen Landesverbandes beurteilen zu können und zum anderen um Präferenzen der Landesverbände bezüglich der/des angestrebten Koalitionspartner(s) zu identifizieren. Dabei sind folgende Fragen von Belang: Gibt es hier vielleicht Unterschiede zwischen der Parteiführung und ihren Mitgliedern hinsichtlich des Wunschpartners? Wie wurden Entscheidungen während des Koalitionsfindungsprozesses in die eigene Partei kommuniziert und in wieweit wurden deren Interessen in die Gespräche eingebunden?

Diese Fragen drängen sich insbesondere in Bezug auf die Thüringer SPD auf. In den vergangenen Jahren hatte sie mit vielen parteiinternen Machtkämpfen zu tun. Aber auch die personellen Veränderungen innerhalb der Union spielen in den Prozess der Koalitionsbildung mit hinein. Im Folgenden werden die innerparteilichen Dynamiken der Thüringer SPD und der Thüringer CDU genauer beleuchtet.

##### 4.2.2.1 Innerparteiliche Dynamiken in der SPD

Um die Auswirkungen auf die Sondierungs- und Koalitionsgespräche verstehen zu können, ist es notwendig bereits einige Jahre früher anzusetzen. 1994 konnte die SPD in Thüringen unter ihrem Spitzenkandidaten Gerd Schuchhardt 29,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Ihr Spitzenkandidat sprach sich damals gegen jegliches „Techtelmechtel" mit der PDS aus (FAZ vom

15.08.2009). Er führte seine Partei als Juniorpartner in die Große Koalition. Die Frage der Positionierung zur Linkspartei (damals noch PDS) treibt den SPD Landesverband also schon Jahre um. Mit jeder neuen anstehenden Landtagswahl wurde dieses Thema wieder präsent und wird innerhalb der Partei kontrovers diskutiert. Unter dem damaligen Vorsitzenden Richard Dewes begann dann der Abwärtstrend der SPD in Thüringen. Dewes war gegenüber einem möglichen Bündnis mit der Linkspartei offener eingestellt als sein Vorgänger und positionierte sich noch während der Zeit der großen Koalition eindeutig:

„Die zweite Hälfte der Legislaturperiode war von deutlichen Spannungen zwischen den Koalitionspartnern gekennzeichnet. Der Innenminister und seit 1996 neue SPD-Vorsitzende Richard Dewes traten öffentlich für eine rot-rote Koalition mit der PDS nach der Landtagswahl 1999 ein. Nachdem kurz vor dieser Wahl im Februar 1999 die CDU in Hessen einen deutlich Wahlsieg erringen konnte und die SPD Verluste hinnehmen musste, ging Dewes auf Distanz zur PDS. Dieses Lavieren war wohl einer der wichtigsten Gründe dafür, dass die SPD 1999 deutliche Stimmenverluste hinnehmen musste und mit nur 18,5% der Stimmen sogar hinter die PDS zurückfiel (Haas/Jun/Niedermayer 2008: 459).“

Seit dieser Landtagswahl verlor sie den Wettstreit um die Stimmen im linken Parteienspektrum. Die Linkspartei war hier fortan die stärkste Kraft.

Nach einem langen innerparteilichen Kampf zogen sich dann Dewes und Suchhardt zurück um der SPD die Chance auf einen Neubeginn unter Christoph Matschie zu geben. Doch als Matschie dann im Vorfeld der Landtagswahl 2004 ein Bündnis mit der damaligen PDS ausschloss, meldete sich Richard Dewes wieder zu Wort, übte offen Kritik an der Entscheidung Matschies und fragte auf welchen Vorstandsbeschluss sich dieser stützen würde. „Es gab keinen Beschluss. Die Zweifel am Kurs der SPD, aber auch der Konflikt der in einen Dewes- und Matschie-Flügel gespaltenen Partei brach wieder auf (FAZ vom 15.08.2009).“ Zwar gelang es Christoph Matschie während der Macht- und Richtungskämpfe in seiner Partei, den Großteil der Mitglieder und Delegierten hinter sich zu versammeln, allerdings waren seine Gegner dafür umso hartnäckiger in ihrer Kritik (ebd.). Auch der bundespolitische Kontext darf hier nicht vernachlässigt werden (siehe Kapitel 3.1.1). Zwar entscheiden die Landesverbände eigenständig, welche Koalition für das spezifische Bundesland angestrebt werden soll, doch insbesondere bei kurz darauf anstehenden Bundestagswahlen werden die Vorgänge im Rahmen einer Koalitionsbildung besonders genau verfolgt. Dies gilt sowohl für die Medien, als auch für die bundespolitischen Akteure; nicht zuletzt deswegen, weil Koalitionsbündnissen auf Landesebene eine Signalwirkung für Bündnisoptionen auf Bundesebene zugeschrieben wird. Dies hat den Druck auf die Verhandlungen von Seiten der SPD nochmals zusätzlich verstärkt.

Vor diesem Hintergrund begann Matschie nun also die Sondierungsgespräche. Dies tat er nicht als Spitzenkandidat einer in sich ruhenden Partei, sondern einer, deren Parteiflügel sich scheinbar immer noch nicht völlig einig darüber waren, welche Koalition für die eigene Partei die beste Option sein könnte. Festzuhalten bleibt, dass Christoph Matschie sich aus einer schwierigen Ausgangssituation heraus in die Gespräche begab. Auch nachdem sich der

Landesvorstand am 30. September 2009 mit 18 Stimmen bei sechs Gegenstimmen für eine Koalition mit der CDU entschieden hatte, riss die Kritik am politischen Richtungskurs von Christoph Matschie nicht ab. Das Gegenteil war der Fall: Gerade weil die SPD nach zehn Jahren in der Opposition zwischen verschiedenen Koalitionspartnern wählen konnte, fiel der Unmut des linken Flügels über diese Entscheidung besonders stark aus. Neben dem Dauerkontrahenten Dewes brachten sich auch Kreisvorsitzende und Bürgermeister in Stellung. So warb unter anderem der Erfurter SPD-Oberbürgermeister Andreas Bausewein weiterhin für ein Rot-Rot-Grünes Bündnis. Argumente der Parteilinken waren insbesondere durch die Annahme geprägt, in einer solchen Koalition den im Wahlkampf angekündigten „Politikwechsel" besser durchführen zu können (Welt vom 06.08.2010). Darüber hinaus bestanden bei den Kritikern der Großen Koalition große Befürchtungen, die Ausgangslage für die Thüringer SPD bei kommenden Landtagswahlen im Jahre 2014 so weiter zu verschlechtern (ebd.). Gegenüber der Welt äußerte Bausewein zudem große Zweifel daran, dass der eingeschlagene Kurs dem Willen der Basis entspräche (ebd.).

Des Weiteren muss hier erneut der bundespolitische Kontext beachtet werden. Die Frage der Positionierung zu der Linken wurde auch hier kritisch diskutiert. Nach den starken Verlusten der SPD bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 ist diese Diskussion erneut entfacht worden. „Auch in Berlin drängte die SPD-Basis ihre Partei nach links, wandte sich damit aber gezielt an die Bundesführung. (…) In einer Resolution forderten die Delegierten die Bundes-SPD auf, künftig „als linke Volkspartei von links auch die solidarische Mitte anzusprechen (Zeit Online 2009)." Doch auch die gut 800 gesammelten Unterschriften von SPD-Mitgliedern für ein Rot-Rot-Grünes Bündnis vermochten an dem Eintritt in eine Regierung mit der CDU nichts zu ändern. Allerdings stimmten nur 148 der insgesamt 199 SPD-Delegierten dem Koalitionsvertrag am 24. Oktober 2009 zu.

Wie lässt sich aber das Austragen dieser Flügelkämpfe unter der Beobachtung, bisweilen gezielten Nutzung der Medien erklären? Die Kritiker Christoph Matschies haben die öffentliche Aufmerksamkeit bewusst gesucht. Es handelt sich hierbei auch um ein strategisches Moment, wodurch zusätzlicher Druck auf den Spitzenmann der SPD in Thüringen ausgeübt werden sollte; und zwar bis zuletzt, wie es sich anhand der voran gegangenen Schilderungen ablesen lässt. „Das ist Teil des politischen Spiels", so die Einschätzung des Journalisten Lochthofen (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.2010). Mit Rückbezug auf das „Arenenmodell" (Korte/Fröhlich 2004: 223) kann diese Aussage weiter untermauert werden. Durch den Eintritt in die öffentliche Arena haben zum Beispiel Herr Bausewein und Herr Dewes versucht, Aufmerksamkeit und Zuspruch für die eigene Position zu erwirken. (vgl. u.a. Grasselt/Korte 2007). Eines lässt sich hier ganz deutlich ablesen: Mit den verschiedenen bislang genannten SPD-Akteuren ist immer auch eine Präferenz hinsichtlich des favorisierten Koalitionspartners verbunden und lässt sich bisweilen mal mehr und mal weniger deutlich erkennen. Dies trifft auch auf den Spitzenkandidat der SPD in Thüringen, Christoph Matschie, zu. Darüber hinaus benennt Sergej Lochthofen noch einen weiteren aus seiner Sicht ausschlaggebenden Grund. Ein zentrales Motiv sei das

„Sicherheitsdenken“ der SPD um Matschie herum gewesen. Da Thüringen seit der Wiedervereinigung durch die CDU regiert worden sei, wäre eine komplette Ablösung der CDU in Thüringen ein bedeutender Einschnitt gewesen. Der Eintritt als Juniorpartner in eine große Koalition, sei für die SPD hingegen „überschaubarer“ gewesen (Interview mit Sergej Lochthofen am 23.08.2010).

#### 4.2.2.2 Innerparteiliche Dynamiken in der CDU

Im folgenden sind die innerparteilichen Dynamiken der CDU in Thüringen genauer zu betrachten. Durch die starken Stimmenverluste der Union bei der Landtagswahl 2009 in Thüringen, war die Partei in eine defensive Ausgangslage für die Verhandlungen geraten. Auch wenn die CDU weiterhin die stärkste Fraktion im Landtag stellt, stand sie einer SPD in der Rolle des „Königsmachers“ gegenüber. Dieser Situation musste sich die Partei stellen, was dann auch zu personellen Konsequenzen geführt hat. Mit Christine Lieberknecht als neuer Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten, wurde sowohl innerparteilich ein Wendepunkt markiert, als auch ein Signal der Neuerung in Richtung der SPD ausgesandt.

Gemessen an den Ergebnissen der vergangenen Landtagswahlen in Thüringen, hat die CDU ein Abwärtstrend im Hinblick auf den Rückhalt beim Wähler erfasst. Dieser starke Verlust ist aber nicht losgelöst von den vergangenen Landtagswahlen in Thüringen zu erklären. Würden diese ausgeklammert werden, würde es zu der einseitig und verengten Schlussfolgerung führen, dass der Skandal um den Skiunfall des damaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus als alleiniger und ausschlaggebender Grund für diese Wahlniederlage im Sommer 2009 zu identifizieren ist. Dem ist aber nicht so. Vielmehr zeigen die Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen, dass das Parteiansehen der CDU in Thüringen im Zeitverlauf gesunken ist (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 20). Konnte sich der Landesverband während der vergangenen Jahre in der Außendarstellung noch signifikant positiv von den anderen Parteien absetzen, liegen die Umfragewerte diesbezüglich im August 2009 auf demselben Niveau, wie die der SPD (ebd.) Auch der generelle Zuspruch der Wähler für das Kabinett der CDU insgesamt sinkt (ebd.: 21).

„Zum Verhängnis wurde der Union ein Umstand, der schon lange vor dem Unfall für alle sichtbar zu Tage getreten war – und unter dem Einfluss des politischen Stillstands in den Monaten vor dem Beginn des Wahlkampfes nicht mehr korrigiert werden konnte: die personelle und inhaltliche Auszehrung der Union (FAZ vom 04.09.2009).“

Gemeint ist hier auch die Kabinettsumbildung im Frühjahr 2008. Zwei Drittel der Ministerämter wurden damals neu besetzt. Für Aufruhr sorgte in diesem Zusammenhang die Nominierung des Landtagsabgeordneten Peter Krause zum neuen Kultusminister durch Althaus. Nachdem dann aber die Opposition öffentlich gegen diesen Vorgang anging „weil Krause vor zehn Jahren einmal ein kurzes Gastspiel als Redakteur bei der rechten „Jungen Freiheit“ gegeben hatte, ließ der Regierungschef seinen Kandidaten wieder fallen (Wendt 2009: 38).“ Hier habe Althaus bereits an „Landesväterlicher Souveränität“ eingebüßt. Ein Indiz dafür, dass die Stimmverluste nicht

nur auf den Unfall des Ministerpräsidenten zurückzuführen sind. Allerdings ist nicht zu verleugnen, dass die Person Dieter Althaus den Landesverband nachhaltig geprägt hat. Dieser Hintergrund muss berücksichtigt werden, wenn man verstehen möchte, in welcher Situation sich die Partei zu Beginn der Sondierungsgespräche befand. Die Ausgangsposition für die Verhandlungen war insgesamt schwierig und hat innerparteiliche Dynamiken nach sich gezogen.

Nach der großen Wahlniederlage der CDU stellte sich der Landesvorstand zunächst noch geschlossen hinter den Ministerpräsidenten. Er war es, der die SPD zu Sondierungsgesprächen einlud. Dem Landesverband war bewusst, dass wenn die eigene Partei an der Regierung bleiben wollte, kein Weg an der SPD vorbei führen konnte. Auch Lieberknecht stärkte Althaus zunächst noch öffentlich den Rücken. Als Reaktion auf die Rücktrittsforderungen durch die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, bekundete sie, Ministerpräsident Althaus habe einen klaren Verhandlungsauftrag für die CDU (Welt Online 2009). „Althaus lautete der Plan ‚A'. Wenn es einen Plan ‚B' brauche, wäre es Birgit Diezel. Dem pflichtete Frau Lieberknecht bei. Aber schon damals sprach vieles dafür, dass Christine Lieberknecht für den Plan ‚C' stand, um der Union nach der Wahl in einer Koalition mit der SPD das politische Überleben zu retten (FAZ vom 09.09.2009)." Dies wird in den Medien vor allem durch die Gemeinsamkeiten zwischen Christine Lieberknecht und dem SPD-Vorsitzenden begründet (ebd.). Außerdem hatte sie als einstige Landtagspräsidentin bereits über einen längeren Zeitraum gute Verbindungen zu den einzelnen Fraktionen gepflegt. Ihr Verhältnis zum SPD-Spitzenkandidaten Matschie war weitaus unbelasteter, als das des Ministerpräsidenten Althaus. Zu berücksichtigen ist zudem, dass auch die Beziehung zwischen Christine Lieberknecht und ihrem Vorsitzenden bereits wenig gut war. Zwischen 2004 und 2008 war sie Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag Thüringen. „Althaus zog sie im Frühling vorigen Jahres aus dieser Funktion zurück, denn er war sich ihrer Unterstützung offenbar nicht mehr ganz sicher (FAZ vom 09.09.2009)." Lieberknecht übernahm stattdessen das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Vier Tage nach der Landtagswahl erklärte dann aber Dieter Althaus seinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten und vom Landesvorsitz der CDU in Thüringen. In der Presse wird dies mehrheitlich als Befreiungsschlag für seine Partei gewertet (vgl. u.a. FAZ vom 04.09.2009). Nicht zuletzt deswegen, weil von der SPD-Führung in Thüringen immer wieder deutlich formuliert worden war, dass eine Koalition zwischen der SPD und der CDU mit Dieter Althaus als Ministerpräsident nicht möglich sein würde. Das Amt war nun vakant und ein passender Nachfolger musste im Zuge der zu führenden Gespräche schnell gefunden werden. Unruhe kam erneut auf, als Gerüchte kursierten, Dieter Althaus kehre durch sein Landtagsmandat in die Landespolitik zurück. Als Althaus dann am 7. September 2009 seinen vermeintlichen Rücktritt vom eigentlichen Rücktritt verkündete (siehe Kapitel 4.1) und damit begründete, dass er nun doch geschäftsführend im Amt bleiben wolle, sah sich Frau Lieberknecht gezwungen zu handeln. Zu vermerken bleibt, dass der Schritt von Birgit Diezel, Christine Lieberknecht für das Amt der Ministerpräsidentin zu nominieren, zumindest zu Beginn intern nicht abgesprochen gewesen war. Weder der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring noch Dieter Althaus sollen davon gewusst

haben; ein weiteres Indiz für die innerparteilichen Unstimmigkeiten des Landesverbandes zu diesem Zeitpunkt. Im Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 14. September 2009 äußert sich Diezel zu den Verwirrungen bezüglich der Rückkehr von Dieter Althaus und der Nominierung von Christine Lieberknecht für das Amt der Ministerpräsidentin wie folgt: „Vor unserem Zweiergespräch hatte mich Angela Merkel angerufen, nachdem die Meldung rundgegangen war, dass Dieter Althaus zurückkehren wolle. Sie sagte: „Nehmen Sie das Heft des Handelns in die Hand.' Und ich denke, es war wichtig, diesen Schritt zu tun, eben weil wir in Thüringen die Koalition mit der SPD wollen (SZ vom 14.09.2009)."

Ein bedeutendes Signal der CDU in Thüringen an die SPD war sicherlich folgender Moment: Christine Lieberknecht erklärte am Morgen des 09. September 2009, nachdem sie zwei Tage zuvor von Birgit Diezel, die geschäftsführend die Ämter von Althaus übernommen hatte, als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin vorgeschlagen wurde: „Die Ära Althaus ist beendet (SZ vom 09.09.2009)." Da die SPD im Wahlkampf mit dem Slogan „Das System Althaus abwählen" geworben hatte, ist anzunehmen, dass dieser Ausspruch von Frau Lieberknecht sicherlich nicht zufällig gefallen ist. Der Ausspruch markiert eine zeitliche Wende für die CDU und zeigt zugleich ganz deutlich, dass die Politik der Union in Thüringen eng mit der Person des Ministerpräsidenten Dieter Althaus verbunden gewesen war.

Mit der Politik von Dieter Althaus, als auch der seines Vorgängers Bernhard Vogel, war ein konservativerer Kurs verbunden und wurde so ebenso von der SPD-Führung bewertet. Diese Ausrichtung schien auch im Spannungsfeld zu einer möglichen Koalition mit der SPD zu stehen. Lieberknecht hingegen steht für einen anderen, liberaleren Flügel, als den der alten Führungsriege der Union in Thüringen: „Frau Lieberknecht vertritt ja innerhalb der CDU möglicherweise die Mehrheit in der Fraktion, aber es gibt eine starke qualifizierte Minderheit, so ähnlich wie bei der SPD, die sehr stark konservativ geprägt und handverlesen ist (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.20010)." Gegen diese Minderheit musste sich die Kandidatin für den Landesvorsitz zunächst durchsetzen. Dennoch erhielt sie schlussendlich viel Zuspruch.

„Mittlerweile war es Zeit, sich hinter Christine Lieberknecht zu stellen. Denn zwischenzeitlich hatte sich die Basis zu Wort gemeldet. Elf Landräte machten sich für die einstige Pastorin stark, überdies erklärten zehn Kreisvorsitzende sie für ihre Kandidatin. Und auch der Alt-Regierungschef Vogel war dafür. Im Gespräch mit der SZ erklärte er, es sei „das Beste für das Land", wenn Christine Lieberknecht die Ministerpräsidentin einer schwarz-roten Koalition werde (SZ vom 09.09.2009)."

Diese innerparteilichen Dynamiken hatten also durchaus Auswirkungen auf die Frage, wie es mit der CDU in Thüringen nach der Landtagswahl zukünftig weiter gehen sollte und wie man sich strategisch zu positionieren hatte, um nicht zum ersten Mal in der Geschichte des Landes, in die Rolle der Opposition zu gelangen.

Die Lagerbildung in der Thüringer CDU, lässt sich letztlich auch an der Personalpolitik von Christine Lieberknecht im Zuge der Kabinetts- und Regierungsbildung ablesen. „Da fand keiner

der engen Vertrauten ihres Vorgängers Dieter Althaus mehr einen Platz: weder der bisherige Staatskanzleichef Klaus Zeh noch Gerold Wucherpfennig, der bislang Bauminister war. Beide standen in Treue fest zu Dieter Althaus, nach seinem Skiunfall waren sie ans Krankenbett geeilt (SZ vom 04.11.2009)." Innerhalb des Landesverbandes sei von Anfang an klar gewesen, dass wenn Christine Lieberknecht und Birgit Diezel in die Regierung kämen, ein rigoroser Personalwechsel an der Spitze stattfinden würde, und für Politiker aus dem „Althaus-Lager", keine Ämter zur Verfügung gestellt werden würden, so Lochthofen in seiner Einschätzung (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.2010).

Die zwei Hauptlager der CDU in Thüringen lassen sich insbesondere entlang konfessioneller Grenzen identifizieren. Die Ursachen dafür können im Rahmen dieser Ausarbeitung allerdings nicht abschließend benannt werden. Dennoch kann festgehalten werden, dass dieser Zustand innerhalb der Union in Thüringen sowohl von Lochthofen, Ramelow als auch Herz herausgestellt wurde (vgl. Interviews vom 23.08.2010). Die Fragmentierung der Union entlang der Konfessionen habe unter den Ministerpräsidenten a.D. Bernhard Vogel als auch Dieter Althaus eine zentrale Rolle bei der Personalrekrutierung gespielt.

„In der Zeit von Althaus gab es eine sehr starke politische Selektion, das hat schon unter Bernhard Vogel angefangen, in Richtung katholische Herkunft. Das hätte ich nie so für möglich gehalten, hat aber statt gefunden. Nach dem Prinzip ‚Der ist einer von uns'. (…). Das ist eine kleine Gruppe [Katholiken in der CDU Thüringen], die wenn Sie sich das anschauen aber die Hälfte des Kabinetts ausmachte. Das heißt Freunde, Freundes-Freunde" (Interview mit Sergej Lochthofen vom 23.08.2010)."

In der Presse werden die Konfessionen auch als Störfaktor im Hinblick auf Bündnisoptionen dargestellt. In Bezug auf den Koalitionsvertrag von CDU und SPD heißt es dort zum Beispiel: „Eine ganze Reihe der geschlossenen Kompromisse wären mit dem Katholiken Althaus so nicht möglich gewesen (SZ vom 22.10.2009)." Wenn hier der Katholizismus angesprochen wird, ist meist eine konservative politische Ausrichtung gemeint. Die Zusammenhänge zwischen konfessioneller Bindung und einer Einordnung auf einer links-rechts (liberal-konservativ) Skala innerhalb der Union ist ein Untersuchungsgegenstand, der in zukünftigen Ausarbeitungen genauer untersucht werden müsste.

Die Parallelen zwischen der Biografie von Lieberknecht und der von Matschie, auch hinsichtlich der Konfessionen, wurden bereits an vorangegangener Stelle erläutert. Zumindest in der medialen Berichterstattung, wurde der Faktor „von Protestantin zu Protestant" für das eingegangene Bündnis in Thüringen breit diskutiert. Fest steht, dass mit Christine Lieberknecht eine Protestantin an die Parteispitze in der Thüringer CDU gelangt ist, die sich intern zunächst gegen dieses dicht gespannte Netzwerk um Dieter Althaus durchsetzen musste. Ob allerdings ihre Konfession der entscheidende Faktor dafür gewesen ist, dass sie dem Kreis der engsten Vertrauten um Dieter Althaus nicht angehörte, kann hier nicht final beantwortet werden. Abschließend kann auch hier erneut festgehalten werden, dass mit der Person Christine Lieberknecht und ihren eher liberalen politischen Vorstellungen, eine entscheidende

Weichenstellung in Richtung Großer Koalition stattgefunden hat. Dies konnte zuvor auch schon für die SPD und Christoph Matschie heraus gestellt werden. Somit sind in beiden Parteien innerparteiliche Prozesse und Personal- und Richtungsdiskussionen von Nöten gewesen, damit das Bündnis zwischen CDU und SPD in Thüringen im Herbst 2009 geschlossen werden konnte.

### 4.2.3 Strukturierung durch institutionelle Regelungen

Wie eingangs beschrieben, legt der Artikel 75 Absatz 1 der Thüringer Landesverfassung die Modalitäten für die Wahl des Ministerpräsidenten fest. Das Verfahren selbst ist für diesen Teil der Analyse weniger von Belang, als der tatsächliche Vorgang der Wahl am 30.Oktober 2009. Christine Lieberknecht konnte erst mit dem dritten Wahlgang zur Ministerpräsidentin gewählt werden. Von den 48 Abgeordneten der CDU- und SPD-Fraktion erhielt sie auch im zweiten Wahlgang nur 44 Stimmen. Nach den Bestimmungen der Landesverfassung hätte sie aber 45 Stimmen benötigt. Diese Tatsache ist insofern interessant, als das sie Hinweise dafür liefert, dass auch nach den langen Sondierungs- und Koalitionsgesprächen sowie den parteiinternen Debatten und Streitigkeiten, nicht alle Vorbehalte gegenüber der angestrebten großen Koalition beseitigt werden konnten.

„Am Ende reichte es dann zwar doch; im dritten Wahlgang wurde Lieberknecht schließlich gewählt. Dank der Hilfe von Bodo Ramelow von der Linken, der diesmal gegen sie antrat, bekam sie sogar sieben Stimmen aus den Reihen der Opposition, mutmaßlich von der FDP. Und diesmal stimmten wohl auch alle Abgeordneten von Union und SPD für sie (Zeit Online 2009).“

Die Vorkommnisse stellen keinen idealen Start für das Regierungsbündnis der beiden Parteien dar. Im Gegenteil: Dadurch, dass es sich um eine geheime Wahl handelt, steht zum Start der gemeinsamen Arbeit jeder Abgeordnete der beiden Fraktionen unter Verdacht, Frau Lieberknecht nicht die Stimme gegeben zu haben (ebd.). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich diese Ereignisse in das Bild der Koalitions- und Regierungsbildung in Thüringen 2009 einfügen. Es war ein schwieriger und langer Prozess vom Wahltag am 30. August bis zum Tag der Wahl von Christine Lieberknecht zur neuen Ministerpräsidentin.

## 5 Schlussfolgerungen

Es zeigt sich also, dass letzten Endes für das Zustandekommen einer Regierung eine Vielzahl unterschiedlichster Faktoren eine Rolle spielen kann. Dazu zählen neben den offensichtlichen institutionellen Gegebenheiten, wie rechtliche Formalitäten, auch wesentlich schwieriger nachzuvollziehende und nachzuweisende Aspekte. Möchte man die stattfindenden Prozesse in ihrer Gesamtheit durchdringen, dann können die beteiligten Akteure, konkrete Politikinhalte oder etwa unterschiedliche Interessenlagen nicht unberücksichtigt bleiben. Diese wiederum müssen im Kontext des betreffenden Landes und bisweilen der Bundespolitik gesehen werden. Für die vorliegende Fallstudie gilt dies konkret für die zeitnahen Bundestagswahlen, deren

partieller Einfluss auf die Abläufe in Thüringen beschrieben wurde. Durch die Analyse der Regierungsbildung in Thüringen 2009 wird aber vor allem deutlich, dass es nicht ausreicht, lediglich die Prozesse vom Wahltag bis zur Wahl der Ministerpräsidentin zu betrachten, um ein zutreffendes Bild zu zeichnen. Vielmehr muss die „Geschichte“ der politischen Akteure, auch deren gemeinsame, der unterschiedlichen Parteien und die des Landes, in die Bewertung einfließen. In Thüringen zeichneten sich etwa die Veränderungen im Parteiensystem bereits im Vorfeld der Landtagswahl ab. Dies lässt sich etwa durch verschiedene Umfragewerte und Wahlergebnisse vergangener Wahlen belegen.

Die in dieser Fallstudie analysierte Wahl ist aus verschiedenen Gründen besonders und die sich daraus ergebenden Prozesse verdienen einer näheren Betrachtung: Hierzu zählen zum einen die großen Verlusten für die CDU und der Wahlerfolg der Linken. Auch ist Thüringen ist durch den Einzug von Grünen und FDP in den Landtag im bundesweit aktuellen Fünfparteiensystem angekommen. Bemerkenswerterweise hat diese Tatsache, wie in der Studie erwiesen, im Falle des Freistaats jedoch keine Konsequenz für die letztendliche Regierungsbildung. Ausschlaggebend waren nach wie vor die drei stärksten Parteien im Lande und hierbei insbesondere die SPD als potentieller „Königsmacher“. Sie hatte die Wahlfreiheit und konnte sich ihren zukünftigen Regierungspartner aussuchen. Steigt man jedoch in die tiefere Analyse ein, beispielsweise anhand von „a priori“-Ansätzen, so wird deutlich, dass die letztendliche Entscheidung durch verschiedene Bedingungen in eine bestimmte Richtung gelenkt wurde und in sich logisch erklärbar ist. Zu diesen Bedingungen zählen unter anderem die ideologische sowie die inhaltliche Nähe zwischen Parteien. Je mehr Übereinstimmungen hier vorhanden sind, umso wahrscheinlicher ist es, dass eine Koalition zustande kommt. Der Fall Thüringen zeigt, dass dies dennoch kein Garant für die Schließung eines Regierungsbündnisses ist. Wäre dies der Fall, würde Thüringen zurzeit von einer Koalition aus SPD und den Linken regiert werden. Nimmt man Bezug auf die gängigen Koalitionstheorien wäre das Hinzuholen der Grünen nicht im Sinne der „minimum winning coalition“ und würde den individuellen Gewinn der Akteure schmälern. Erneut zeigen sich hier die Grenzen der theoretischen Erklärbarkeit empirischer Befunde.

Gleiches gilt auch für den Einfluss von persönlichen Beziehungen zwischen zentralen Personen, auch über Parteigrenzen hinaus, der nicht unterschätzt werden darf. Bedenkt man, dass eine Schwarz-Rote Koalition unter Althaus von der SPD noch ausgeschlossen wurde, wurde diese durch die Intervention von Frau Lieberknecht möglich. Sympathie und Vertrauen sind hier zu nennende Größen. Der Parteivorsitzende der Linken Bodo Ramelow hingegen konnte, trotz noch so großer politischer und persönlicher Opfer, den Wahlerfolg seiner Partei nicht in eine Regierungsbeteiligung umwandeln. Dem standen die grundsätzlichen Ressentiments der SPD entgegen, die das „Experiment“ eines Linken-Ministerpräsidenten nicht wagen wollte. Die Entwicklung der Linken in Thüringen zu einer quasi Volkspartei führte in der SPD zu einer generellen Debatte um die Positionierung gegenüber der Linkspartei, die wohl noch nicht abgeschlossen ist. Den an den Sondierungsgesprächen beteiligten Akteuren sowie den

aufmerksamen Beobachtern der Thüringischen Landespolitik war indes schnell klar, mit welchem Ausgang die Gespräche geführt wurden. Im Übrigen gilt dies ja auch für Bodo Ramelow selber. Begründen lässt sich dies insbesondere durch die Betrachtung der Ausgangssituation der CDU. Wollte die Partei an der Macht bleiben, musste sie der SPD, ihrem einzig möglichen Koalitionspartner, große Zugeständnisse machen. Der Verhandlungserfolg der Sozialdemokraten im Bezug auf Ämter und politische Inhalte wurde in der vorliegenden Arbeit thematisiert und detailliert besprochen. Seit gut einem Jahr arbeitet CDU und SPD nun miteinander. Ob die Parteien den für diese Koalition gezahlten Preis als zu hoch, zu niedrig oder aber als angemessen empfinden, wird sich wohl abschließend erst bei den nächsten Wahlen zum Thüringischen Landtag im Jahr 2014 entscheiden. Dann wird der Wähler an der Urne seine Bewertung dieses Bündnisses und seiner Arbeit abgeben und mit dieser Stimmabgabe den Anstoß für den erneuten Regierungsbildungsprozess geben.

# Literaturverzeichnis


- **Bartsch**, Michael (2009):Komfortables Dilemma der SPD, in: 12.09.2009 http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/komfortables-dilemma-der-spd/ (Stand 3.07.2010).
- **Bündnis 90/ Die Grünen** (2009): Landtagswahlprogramm „Grün rein". Im Internet unter: http://www.gruene-thueringen.de/cms/files/dokbin/333/333673.landtagswahlprogramm_2009_neu2.pdf (Stand 03.07.2010).
- **CDU Thüringen** (2009): Regierungsprogramm 2009-2014. Beschluss des 24. Landesparteitags. Im Internet unter: http://cdu-thueringen.de/fileadmin/downloads/2009/Regierungsprogramm_STAND_11.05.09.pdf.
- **Die LINKE Thüringen** (2009): Politikwechsel für Thüringen – jetzt!! Das Regierungsprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2009. Im Internet unter: http://www.die-linkethueringen.de/dokumente/Regierungsprogramm_DIE_LINKE_Th%C3%BCringen_2009.pdf.
- **Forschungsgruppe Wahlen** (2009): Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 135, Mannheim.
- **Grasselt**, Nico/**Korte**, Karl-Rudolf (2007): Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken. Wiesbaden.
- **Haas**, Melanie/**Jun**, Uwe/**Niedermayer**, Oskar (2008): Parteien und Parteinsysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden.
- **Jun**, Uwe (1993): Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildung auf Länderebene seit 1949, Göttingen.
- **Koch**, Jens-Ulrich (2009): Landes-SPD entscheidet sich für Schwarz-Rot, in: Zeit Online vom 06.07.2010, abrufbar unter: http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-10/thueringen-koalitionsverhandlungen-matschie (Stand: 01.09.2010).
- **Korte**, Karl-Rudolf/ **Fröhlich**, Manuel (2004): Politik und Regieren in Deutschland, Paderborn.
- **Korte**, Karl-Rudolf: Wie bilden sich zukünftig Koalitionen? Antworten aus der politikwissenschaftlichen Theorie, in: Forschungsjournal NSB 1/2010, S. 27-30.
- **Kropp**, Sabine / **Sturm**, Roland (1998): Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation, Opladen.
- **Laakso**, Markku/**Taagepera**, Rein(1979): Effective' number of parties: A measure with application to West Europe, in: Comparative Political Studies 12/1979, 3-27.
- **Lijphart**, Arend (1999): Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven and London: Yale UP, 0-8; 62-184.

- **Manager-Magazin.de** (2009): Schwarz-Gelb verliert Bundesratsmehrheit, in: Manager-Magazin.de vom 30.08.2009, abrufbar unter: http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,645928,00.html (Stand 13.07.2010).
- **MDR** (2009): Wahlprogramme im Vergleich, abrufbar unter: http://www.mdr.de/thueringen/wahlen/6537876.html (Stand 10.09.2010).
- **Niedermayer**, Oskar (2008): Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 9-35.
- **Pappi**, Franz Urban/ **Stoffel**, Michael Frank/ **Seher**, Nicole Michaela (2009): Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem, Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 129.
- **Riker**, William H (1962): The Theory of Political Coalitions, New Haven: Yale University Press.
- **Schutt**, Martin (2009): CDU-Eingeständnisse stimmen Kritiker aus der SPD milde, in: Zeit Online vom 21.10.2009, S.1-3.
- **SPD Deutschland** (2009): Organisationsstatut Wahlordnung Schiedsordnung Finanzordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Im Internet unter: http://www.spd.de/de/pdf/rechtliches/071026_spd-statut.pdf.
- **SPD Thüringen** (2009): Thüringen. Unser Land gestalten! gemeinsam. sozial. Demokratisch. Regierungsprogramm der SPD Thüringen 2009-2014.
- **Spiegel Online** (2009): Thüringer SPD stellt Weichen für Schwarz-Rot, in: Spiegel Online vom 01.10.2009, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,652450,00.html (Stand vom 13.07.2010).
- **Spiegel Online** (2009): SPD und Linke verschärfen Streit um Ministerpräsidenten-Posten, in: Spiegel Online vom 01.09.2009, abrufbar unter (Stand 12.08.2010).
- **Spiegel Online** (2010): Überraschung in Erfurt, in: Spiegel Online vom 01.10.2009, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,652450,00.html (Stand: 18. September 2010).
- **Teevs**, Christian (2009): Lieber Koch als Kellner, in: Spiegel Online vom 22.08.2009, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,643915,00.html (Stand 28.08.2010).
- **Wendt**, Alexander/**Opitz**, Olaf (2009): Richtig versemmelt, in: Focus Magazin vom 45/2009, S. 38
- **Wendt**, Alexander (2009): Wahlkampf; Volles Risiko; in: Focus Magazin vom 26/2009, S. 38
- **Winter**, Steffen (2008): „Punktuelle Absprachen“, in: Der Spiegel vom 40/2008, S. 39.
- **Zeit Online** (2009): SPD-Basis macht gegen Schwarz-Rot mobil, in: Zeit Online 10.10.2009, http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-10/spd-koalition-streit?page=2 (Stand: 18. September 2010).

- **Zeit Online** (2009): Schwarz-Rot stellt sich in Thüringen selbst ein Bein, in: Zeit Online vom 30.10.2009, abrufbar unter: http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-10/thueringen-lieberknecht-abweichler (Stand: 18. September 2010).


## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis


Abbildung 1: Parteipositionen in den fünf Ländern und im Bund

Tabelle 1: Synopse


## Abkürzungsverzeichnis

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung

FR – Frankfurter Rundschau

FW – Freies Wort

NP – Neue Presse

SZ – Süddeutsche Zeitung

TA – Thüringer Allgemeine

taz – die Tageszeitung